

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Anzeichen der Flottenvermehrung.

Schon seit mehreren Wochen bringen die Börsenblätter eingehende Berichte über einen Streit, der zwischen der Verwaltung des Stettiner „Vulkan“, der bekannten Schiffbauwerkstatt, und eine Aktionärgruppe dieser Gesellschaft geführt wird. Die bürgerliche Presse betrachtet diesen Streit naturgemäß nur unter dem Gesichtswinkel des Aktionärinteresses; er hat aber, wie sich mit stetig größerer Deutlichkeit zeigt, eine weit größere politische Bedeutung. Es handelt sich um die Frage, ob der Stettiner „Vulkan“, der bisher nur ausgedehnte Arbeitsstätten an der Döbersee unterhält, auch an der Nordsee eine Werft errichten soll. Gegen dieses Projekt, das vor einigen Wochen einer Aktionärversammlung zur Genehmigung vorgelegt worden ist, regte sich lebhafteste Opposition. Infolgedessen zog die Verwaltung in der Generalversammlung ihren eigenen Antrag unter nichtsfahenden Ausreden zurück, nachdem sie gesehen hatte, daß die Gegner stark genug waren, um das Projekt zu Falle bringen zu können. Man sollte nun meinen, daß die „Vulkan“-Verwaltung nunmehr ihre Absicht aufgeben würde, da die Aktionäre doch im Grunde genommen selbst die Verantwortung dafür zu tragen hätten, wenn, wie es in der Begründung des großen Projekts hingestellt wurde, die Errichtung der Nordsee-Werft nur in deren Interesse erfolgen sollte. Auffallenderweise hat aber der Aufsichtsrat des „Vulkan“, wie einige Handelsblätter, offenbar von dieser Seite inspiriert, zu berichten wissen, jetzt schon von neuem den Plan aufgegriffen und will ihn nochmals einer Generalversammlung zur Genehmigung unterbreiten.

Diese Eile und das zähe Festhalten an dem Projekt läßt die ganze Angelegenheit doch in einem anderen Gesichtspunkte erscheinen, als ihn die Aktionäre von ihrem privatkapitalistischen Standpunkte aus betrachten. Es kann nämlich gar keinem Zweifel unterliegen, daß hierfür besondere vor der Öffentlichkeit geistlich verschleierte Momente maßgebend sind, und man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß sich hinter dem Drängen des „Vulkan“ nichts anderes verbirgt, als die Absicht der Regierung, für neue Flottenvermehrungen Vorbereitungen zu treffen.

Diese Auffassung wird auch bestätigt durch die Geheimniskammer, die der Aufsichtsratsvorsitzende des „Vulkan“, Geheimrat Schlutow, in der vorigen Versammlung an den Tag legte. Mit gewichtigen Miene erzählte er fortgesetzt den Anwesenden, daß man bestimmte Gründe dafür habe, große Aufträge zu erwarten, nur könne er nichts Näheres vor der Öffentlichkeit sagen. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit werde er den Führern der Opposition in wenigen Minuten volle Aufklärung geben können.

Inzwischen sollen nun, wie einige bürgerliche Blätter wissen wollen, hinter den Kulissen diese „Aufklärungen“ gemacht worden sein. Es würde nicht weiter wundernehmen, wenn die Regierung wieder den Weg beschreiten würde, dem Privatkapital vorher Aufschlüsse zu geben, bevor sie das Volk von ihrem Vorhaben unterrichtet. Ist doch, wie erinnerlich, bereits einmal Herr Tirpitz zu den großen Eisenwerken geehrt, um ihnen „im Vertrauen“ zu erzählen, daß eine neue Flottenvorlage in Sicht sei. Und die Industriellen haben es damals ja auch meistertastend verstanden, ihr Vorwissen zu Börsenspekulationen auszunutzen. Die Vorgänge beim Stettiner „Vulkan“ haben mit jenen verdammte Ähnlichkeit und man wird jedenfalls gut daran tun, sie weiter mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, um vor einer Ueberumpelung mit den neuen Lieblingsplänen der Regierung geschützt zu sein. Geheimrat Rathenau, der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, dessen Beziehungen zum Kaiser allgemein bekannt sind, sitzt nicht umsonst im Aufsichtsrat des „Vulkan“!

Das Ausland verfolgt mit gespanntester Aufmerksamkeit die Flottenrüstungen Deutschlands. Der deutsch-englische Gegensatz, der so gefährdende Auspitzungen der internationalen Lage bewirkt, wie sie in der an sich belanglosen Marokkoaffäre hervorgetreten sind, hat in dem Augenblick seine Schärfe erlangt, als Deutschland seine Weltmachtsflotte zu bauen begann. Mit jedem neuen Flottenplan und jeder neuen unmittelbar darauf folgenden Durchbrechung des Flottenplans werden die Auffassungen gestärkt, die in gewissen englischen Kreisen bereits herrschend geworden sind, daß Deutschland sich auf einen ernsthaften Zusammenstoß mit der englischen Weltmacht rüfte.

So wenig wir glauben, daß solche Pläne selbst in verbrecherisch phantastischen Köpfen fanatischer deutscher Flottenschwärmer gehegt werden, so wenig wird man das englische Mißtrauen beseitigen können, indem man beteuert, daß die große deutsche Flotte keine offensiven Zwecke verfolgt.

So wirken diese mit fiebriger Eile betriebenen Flottenvermehrungen des Deutschen Reiches nicht nur nach innen als die Ursache einer unheimlich sich steigernden Schuldenlast, sondern sie nähern auch nach außen die Stimmungen, die einen Krieg aller gegen alle für unvermeidlich halten, der dann freilich auch zu einem blutigen Zusammenbruch jenes Systems führen würde, in dem diese gepanzerte Weltkonkurrenzpolitik wurzelt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

Zur auswärtigen Lage.

Ueber den Fortgang der französisch-deutschen Marokko-Verhandlungen meldet ein Pariser Telegramm des „V.“ vom 21. d. M.: Offiziell wird bestätigt, daß die Verhandlungen über die Marokkofrage fortgesetzt werden. Alles deutet darauf hin, daß eine befriedigende Lösung erzielt werden wird. Die Unterhandlungen, welche bisher ausschließlich mündlich erfolgt sind, werden jetzt auch auf schriftlichem Wege fortgesetzt. Ueber den

Standpunkt, welchen die französische Regierung zu den deutschen Vorschlägen einnimmt, wird mitgeteilt, daß Frankreich sich als privilegierte Nation in Marokko betrachte. Deutschland betrachte dies Privileg als nicht unter die Kompetenz der einuberufenen Marokkokonferenz fallend. Auch für eine Finanzkontrolle sämtlicher Mächte hat man wenig übrig. Ganz entschieden wendet sich die französische Regierung dagegen, daß ihr Abkommen mit Spanien und Frankreich und die durch dasselbe gewährten Vorteile in Frage gestellt würden. Als Ort des Zusammentritts der Marokkokonferenz kommen Paris, Madrid und Haag in Betracht.

Die Wochenschrift „Europa“ ist in der Lage, bemerkenswerte und glaubwürdige erscheinende Mitteilungen über die Hintergründe der Bälowschen Marokkopolitik zu machen. Die Mitteilungen sind geeignet, die in Paris gehegten, jetzt anscheinend überwundenen Kriegsbefürchtungen in hohem Maße zu rechtfertigen. Die „Europa“ behauptet:

„Kurz nachdem der Reichskanzler Fürst Bülow die überraschende Schwendung Deutschlands in seiner Marokkopolitik in die Wege geleitet hatte, hat er an den Kriegsminister und den Generalstabschef die Frage gerichtet, ob Deutschland für den Fall eines Krieges bereit sei. Er habe zwar die feste Absicht, den Krieg zu vermeiden, aber bei Affären wie die, um welche es sich hier handele, gäbe es Momente, in denen der Staatsstarren sich einfach der Leitung der Staatslenker entziehe und seinen Weg laufe. Deshalb stellte er in dem Augenblick, wo er noch nicht so engagiert war, die Frage, ob Deutschland, wenn es durchaus notwendig sein würde, das Glück seiner Waffen versuchen dürfe.“

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß man in Paris Anlaß zu der Befürchtung hegte, Bülow wolle den russischen Zusammenbruch zu einem Gewaltstreich gegen Frankreich ausnutzen und der Marokkostreit solle den Anlaß geben. Die genannte Wochenschrift behauptet, daß die deutsche Diplomatie tatsächlich mit dieser Absicht gespielt habe; diese Idee sei durch das Treiben der imperialistischen Kreise erweckt und bestärkt worden, welche die französischen Kolonien als begehrtestenswerte Beute ansehen, um deren Gewinn Krieg mit Frankreich geführt werden soll.

Sehr wahrscheinlich ist es auch, daß der plötzliche Reichstagsbeschluss mit diesen heimlichen Zettelungen in enger Beziehung steht. Die künstliche Erklärung, daß verfassungsmäßige Beschlüsse bei dem Bundesrat vorliegen, wurde nirgends geglaubt und es wurde angenommen, der Kaiser habe die Vertagung in plötzlicher Eile über den Reichstag nicht gewollt. Verständlicher wird der Vorgang, wenn man ihn in Zusammenhang mit der Marokkofrage bringt: die Reichsregierung wollte vermeiden, daß eine unangenehme Opposition ihr bei der Durchführung ihrer Pläne hinderlich werden könnte!

Es zeigt sich wieder in erschreckender Deutlichkeit die ungeheuerliche Tatsache, daß eine Handvoll Diplomaten mit dem Lebensgeschick ganzer Nationen heimliches Spiel betreiben zu dürfen sich vermessen. Es ist als ein besonderes Glück zu betrachten, daß man in Frankreich Vernunft bewahrt hat, daß man es vorzog, dem Fürsten v. Bülow den Triumph des Delcassé-Sturzes zu gönnen, als sich immer tiefer in eine ungünstige Situation verwickeln zu lassen. In Frankreich hat das Parlament, sobald es die gefährliche Politik Delcassés erkannte, Einhalt geboten, und Herr Rouvier ist im Begriff, die Gelüste der deutschen Weltpolitiker durch verständige Nachgiebigkeit zu zähmen. In Deutschland aber scheidet die Regierung die Volksvertretung in dem Moment nach Hause, wo ihre Anwesenheit am nötigsten ist! Man gibt dem Reichstoge nicht nur leiserlei Aufklärung über die allerwichtigsten Vorgänge, sondern entledigt sich des Parlaments, damit auch die entfernte Möglichkeit einer Kontrolle der auswärtigen Politik beseitigt wird!

Und doch sollten selbst die Absolutisten der deutschen Diplomatie sich darüber nicht täuschen, daß in der jetzigen Zeit ein Krieg nicht ohne das Volk geführt werden kann. Es ist nichts, den Kriegsminister und den Generalstab zu besorgen. Entscheidend ist, ob die Nation die Furchtbarkeiten des Krieges will! Und das deutsche Volk hegt am allerwenigsten wegen Marokko oder anderen Kolonialbesitzes kriegerische Reigungen! Von allen anderen Gründen abgesehen — die Spuren in Südwestafrika schreden!

Wir haben das brüske Verhalten der deutschen Diplomatie in der Marokkofrage von Anfang an mit größtem Mißtrauen verfolgt. Es zeigt sich, daß unser Mißtrauen nur allzusehr berechtigt war. Wenn auch jetzt die Gefahr kriegerischer Verwickelungen überwunden scheint, so muß zweifellos als trüber Rest dieser trüben Politik Verbitterung in Frankreich und allgemein wachsende Verschärfung der internationalen Lage zurückbleiben. Und die Folge der weltpolitischen Eroberungsgelüste und der diplomatischen Grobmammsucht ist die weitere Vermehrung der Kriegsrüstungen zu Land und Wasser, deren Opfer die Nationen sind, welche nicht Krieg wollen, sondern Frieden, nicht Völkerverheerung, sondern Völkerverständigung.

Es gilt, daß das deutsche Volk seinen diplomatischen Gegenpartnern gehörig auf die Fingern sieht!

Der Klub von 1854.

In dem vornehmsten Klub Deutschlands, in dem um die Politik selbst hazardiert wird, im preussischen Herrenhaus, hat Fürst Bülow, nachdem es anfänglich schien, daß er vom Reich berufen werde, einen glücklichen Schlag getan. Anfänglich ließ er sich an, als ob er in dem Spiel, das man auf dem Rücken der Bergarbeiter ebenso schneidig wie skrupellos spielt, unterliegen würde.

Die Edelsten flüchten die Zähne und erklärten durchaus sich gegen das Prinzip, kontraktbrüchigen Arbeitern Kon-

zessionen zu machen. Aber dem Fürsten Bülow gelang es, die Herrenhäuser zu überzeugen, daß man ihn nicht in der Patzche sitzen lassen dürfe, und daß die Vorlage zwar den Unternehmern wertvolle Vorteile verschafft, daß sie aber den Arbeitern nur blauen Dunst in Gesetzesparagrafen bringt. Kurz entschlossen hat die Vergeseßkommission des Herrenhauses die Beratung am Mittwoch vormittag zu Ende geführt und unter Ablehnung aller Abänderungsanträge die Vorlage, so wie sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen, mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. Damit ist es sicher, daß auch das Plenum eine Mehrheit für den Fürsten Bülow darbieten wird. Die Bemühungen des Herrn v. Burgsdorff, in die Vorlage wenigstens noch, den Traditionen des Herrenhauses gemäß, ein paar kräftige Stöße gegen das Reichsrecht einzufügen — z. B. Bestrafung des Anreizens zum Kontraktbruch —, sind unter den Tisch gefallen; ihr Geist aber durchweht ja auch die angenommene Vorlage, wenn man sich auch formell gehütet hat, mit dem Reichsgesetz in Konflikt zu geraten.

Wir haben wiederholt unsere Anschauung dahin klargelegt, daß wir, verfolgten wir nur parteitaktische Rücksichten, die Annahme der Vorlage durchaus begrüßen würden. In der Tat gibt es kein aufregenderes Mittel, als daß solche Einlösung eines feierlichen Versprechens Gesetzeskraft erhält. Dieses Gesetz wirkt als eine ständige Anklage gegen die, die dafür verantwortlich sind, gegen die Regierung, gegen die Parteien. Die Arbeiter, die von diesem nichtsnuhigsten aller Schutzesetze betroffen sind, spüren unmittelbar in jeder Stunde, die sie für das Kapital fronden, daß ihnen durch dieses Gesetz nichts gegeben, dagegen den Unternehmern noch weitere Möglichkeiten ungestörter Ausbeutung gewährt sind.

Insofern also wäre und die Annahme des Gesetzes, wie gesagt, willkommen. Da uns aber in erster Linie die Interessen der unmittelbar betroffenen Arbeiter in unserem Urteil bestimmen, müssen wir diese parteipolitische Genugtuung zurückstellen, und die Verabschiedung des Gesetzes bedauern, die dem Zentrum eine willkommene Handhabe gibt, die reichsgesetzliche Aktion für immer zu begraben. In der Tat bildet das preussische Gesetz, das nunmehr verabschiedet werden dürfte, das Hemmnis jedes wirklichen Vergarbeiter-schutzes. Die Sozialdemokratie wird sich natürlich durch das preussische Spottspiel der Alledelsten der Nation nicht davon abhalten lassen, im Reich und im Reichstage den Kampf für ein den Wünschen aller Vergarbeiter entsprechendes Gesetz unverzüglich aufzunehmen und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das preussische Hohngesetz durch ein Reichsgesetz erlegt wird.

Eine Korrespondenz behauptet, daß das Herrenhaus sich den Wünschen des Fürsten Bülow nicht einmal umsonst gefügig gezeigt habe. Es habe als Gegenleistung verlangt und durchgesetzt das Versprechen, das demnächst im Reichstage eine antisozialdemokratische Krankenkassen-Rolle eingebracht werden würde, durch das die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufgehoben wird. Wir glauben schon, daß sich die Junker auf solchen Pferdehandel verstehen. Es wäre allerdings der Gipfel jenes von den preussischen Herren dauernd betriebenen Hochverrates gegen das Reich und gegen das allgemeine Wahlrecht, daß sie nicht nur einen wirksamen Arbeiterschutz im Reich verhindern, sondern daß sie für diese Verhinderung als Gegenleistung noch weitere Attentate gegen die bestehenden Arbeitergesetze erlisten. Es ist weit gekommen, wenn man allen Ernstes zu behaupten wagt, daß die geborenen Gesetzgeber Preußens, dieses Stück deutschen Aufstiegs, ihren Willen dem Reich aufzwingen dürfen, daß sie Konzessionen im Reich fordern für einen Schwindel, den sie in Preußen „bewilligen“.

Die wenig aber der Klub von 1854 daran denkt, mit seiner Zustimmung zu dem Vergarbeitergesetz den Arbeitern irgend einen Vorteil zu gewähren, das beweist schließlich noch das Verhalten der Herren zu dem Jochenstilllegungsgesetz und dem Gesetzentwurf betreffend das zeitweise Nutzungsverbot. Hier, wo es sich wirklich um, wenn auch bescheidene, Eingriffe in die kapitalistische Alleinherrschaft handelt, fallen die Herren nicht um, und sie zwingen der Regierung ihren Willen auf. Aus dem weiter unten mitgeteilten Kommissionsbericht geht hervor, mit welcher lachenden Rücksichtslosigkeit die Herren der Regierung ihren Gesetzentwurf vor die Füße werfen. Uebrigens wird die Entscheidung im Plenum des Herrenhauses nicht, wie angekündigt, bereits am 27. Juni erfolgen. Die Kommissionsberichte über die Vergeseßnovellen werden erst frühestens am 26. Juni abends erscheinen und deshalb ist die für den 27. Juni festgestellte Tagesordnung aufgehoben.

Die Arbeiter sehen aus diesem freiden Spiel, das man auf ihre Kosten treibt, daß es in Deutschland keinen Fortschritt gibt, ehe man denn den preussischen politischen Spielklub von 1854 und seine minder vornehme, aber ebenso rückständige Filiale, das Abgeordnetenhaus, stürzt.

Die Vergeseß-Kommission des Herrenhauses begann in der Nachmittags-Sitzung am Mittwoch mit der Beratung des Jochenstilllegungsgesetzes. Der Geh. Oberbergamt a. D. Dr. Wähler begründete in eingehender Rede die von ihm in Gemeinschaft mit dem Grafen Tiele-Winkler gestellten Anträge auf Streichung des Zwangsbetriebes und eventuell Uebernahme der Kosten dafür auf den Staat. Minister Müller trat seinen Ausführungen entgegen und zeigte an der Entstehungsgeschichte des

Gesetzes, wie die Regierung zu ihren Vorschlägen gekommen sei, er erklärte, daß für die Staatsregierung im Falle der Annahme der gestellten Anträge dieses ganze Reich unannehmbar sei, daß ihre Annahme die Regierung zwingen würde, die Vorlage zurückzuziehen. Nach einer längeren Debatte wurden die vorgelegten Abänderungsanträge einstimmig angenommen. Auf Grund der Annahme, daß die Regierung den Gesetzentwurf nunmehr zurückziehen werde, sah die Kommission von einer weiteren Beratung dieser Vorlage ab und wandte sich dem Gesetzentwurf betreffend das zeitweise Mutungsverbot zu. Auch hierzu lag ein Antrag Dr. Wächler vor, die Mutungsverbot für zwei Jahre, die der Entwurf vorsieht, auf Steinsalz und die auf den nördlichen Lagerstätten vorkommenden Salze zu beschränken; eventuell solle die Gewinnung dieser Salze verstaatlicht werden. Nachdem der Referent seine Anträge begründet hatte, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 11 Uhr vertagt.

Deutsches Reich.

Der Vettel für Edelste.

Die tolle Geschichte, welche die „Zukunft“ zuerst erzählt hat, wird in der „Königsb. Post“ noch durch Einzelheiten vervollständigt, die den Vorgang zu einem Skandal machen, der an den Ribbach-Skandal reicht. Die Einladung zu der vertraulichen Unterredung war einer ganzen Reihe prominenter Finanzmänner zugegangen. Da eine Tagesordnung nicht angegeben war, so argwöhnten manche der Ausgewählten sogleich ein Attentat auf ihren Geldbeutel. Wenn hohe Herren die hauto finances zu sich bitten, ohne genau zu sagen, in welcher Sache, dann ist zehn gegen eins zu wetten, daß sie von ihr mehr wünschen, als Worte der Weisheit; dann empfiehlt es sich, bei solch schmeichelehafter Bevorzugung das Wort des Jago zu beherzigen: „Tue Geld in Deinen Beutel“. Wer das nicht tun will, der bleibt besser daheim. So dachten ohne Zweifel gar manche der geladenen Direktoren von Banken usw. — „Gebrauchte Kinder scheuen das Feuer“ — man sah bei dem Präsidenten Dr. Koch viele Finanzmänner, die nicht da waren. . . . Daß Finanzgrößten mosaischen Glaubens angegangen werden, um Geldbeiträge zur Unterstützung aufsteigender Offiziere aus den „geheimsten Familien“, das erscheint denn doch sehr seltsam, nicht in einer Zeit, in der die Juden faktisch von dem Offizierskorps gänzlich ausgeschlossen sind. Das sagt eine Katze voraus — auf der einen oder auf der anderen Seite — die fast polizeiwidrig ist. Vizepräsident Dr. Koch hat denn auch sofort, nachdem dem Jaume seiner Fährte der sonderbare Vorschlag entflohen war, zu dessen Befürwortung er sich hergegeben hatte, aus dem Munde eines der Ausgewählten hören müssen, daß dem doch wohl in Zweifel zu ziehen sei, ob den deutschen Offizieren Barzuschüsse, die aus Bank- und Borsenkreisen stammen, genehm sein würden. Der diesen Standpunkt frank und frei vertrat, das war der Chef einer der allergrößten Privatbanken; das war einer der „Herren“, denen es sonst nicht darauf ankommt, für einen wirklich guten Zweck Millionen zu opfern, ohne auch nur mit einer Wimper zu zucken. Von anderer Seite, von einem Geldmanne, der schon längst aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist und es nun beliebt, sich in Glanze des Hofes zu sonnen, wurden — wohl auf Grund persönlicher Erfahrungen unter den „upper ten“ (höheren Zehntausend) über die Geltung des Satzes: „non olet“ (es riecht nicht) — derartige Befürchtungen für unbegründet erklärt; die Stiftung eines Zehn-Millionenfonds werde sicher wohlgefällig aufgenommen werden. Seitens des Leiters einer Aktienbank wurde darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft, deren gefällige Interessen er wahrzunehmen habe, doch wohl kaum damit einverstanden sein würden, wenn er aus Mitteln der Bank einen Beitrag zu der wunderbaren Stiftung leihe. Unter den ausgewählten Finanzmännern fand Vizepräsident Dr. Koch mit seinem Vorschlag wenig Gegenliebe, auch von den Spendenbüsten bekam der eine nach dem anderen kalte Füße. Wenn nicht Fürst Guido Henckel von Donnersmarck durch Zeichnung eines hohen Beitrages — man spricht uns von einer Million Reichsmark — ihm Beigepfunden wäre, so hätte Vizepräsident Dr. Koch mit leeren Händen abziehen können.

Ueber den Pflöhensee-Prozess

Sprechen sich zwei der Verteidiger, die im Prozess mitgewirkt haben, aus. In der „Neuen Gesellschaft“ behandelt Rechtsanwalt Hugo Heimann „Lehre von Königsberg und Pflöhensee“. Er geht davon aus, daß in den beiden großen Prozessen die Anklagebehörde es versucht habe, gegen große Kulturbewegungen einen Kampf mit Papierwaffen zu führen und bespricht das Verfahren, die Kritik des Strafvolzuges durch einen Verleumdungsprozess zu widerlegen. Er schildert die Verlesungsbedürftigkeit des Strafvolzuges und den Beitrag, den der Prozess für diese Frage gebracht hat. Dann behandelt er das Ergebnis des Prozesses in strafprozessualer Hinsicht; aus diesen Betrachtungen zitieren wir:

„Der Prozess liefert unschätzbare Material für die Reform unseres Strafverfahrens. Nicht der Königsberger Prozess die Mängel des Vorverfahrens grell hervortreten, so der Pflöhensee-Prozess die Fehler des Hauptverfahrens. Er zeigt, daß die Nachprüfung, die das Reich dem Vorsitzenden einräumt, kein Inquirierungsrecht, zu einer für die Angeklagten nicht ertzählenden Fessel werden kann. Die einzige, zwar nicht ausreichende, aber immerhin einigermaßen in Betracht kommende Schutzwehr ist die Bestimmung des § 244 unserer Strafprozessordnung, nach welcher die vom Angeklagten geladenen Zeugen und Sachverständigen vernommen werden müssen. Der Vorsitzende und das Gericht behalten zwar auch dieser Vorschrift gegenüber das weitgehende Recht, Fragen an die geladenen Zeugen als mit der Sache in keinem Zusammenhang stehend zurückzuweisen. Immerhin kann der Angeklagte wenigstens das, was das Gericht selbst für erheblich hält, durch die von ihm herbeigeschafften Beweismittel dazusetzen.“

Die daraus zu ziehenden Lehren müssen für jeden, der es mit der staatsbürgerlichen Freiheit ernst meint, die folgenden sein:

Die vom Reichsjustizamt eingesetzte Kommission, deren Protokolle soeben erschienen sind, will die einzige Garantie des Angeklagten, den § 244 Strafprozessordnung einschränken und zugleich das Schwurgericht, das einzige Gericht, beseitigen, bei dem es noch eine mündliche Verhandlung gibt. — Hierin liegt der wesentliche Vorteil des Schwurgerichts vor allen anderen Gerichten — da hier der erkennende Richter, die Geschworenen, die Protokolle des Vorverfahrens nicht gelesen haben. . . .

Fassen wir das Gesagte zusammen, so ergibt sich: Die beiden genannten großen politischen Prozesse der letzten Zeit bieten für die Strafprozessreform reichliche Anregung, sie haben bihätig grell alle Mängel des in Deutschland geltenden Strafprozessrechts beleuchtet. In dieser Beziehung habe ich im Vorstehenden nur das Wesentlichste erwähnt und viele Nebenfragen unerörtert gelassen, wie etwa die, welche gesetzlichen Vorschriften erforderlich sind, damit bei einer Wehrheit von Angeklagten die zuständige Strafkammer ein für allemal feststeht und die Auswahl der Staatsanwaltschaftsmitglieder entzogen ist. Der heutige Zustand kann leicht das Vertrauen in die Rechtsprechung beeinträchtigen, dessen Aufrechterhaltung von größter Wichtigkeit ist, wobei es ganz gleichgültig bleibt, ob das Mißtrauen im Einzelfalle zu Recht oder zu Unrecht besteht.

Weiter sollte man aus den beiden Prozessen lernen, daß die Kritik öffentlicher Mißstände nicht zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht werden darf. Wenn dabei die Erörterung über den Rahmen des Einzelfalles hinausgeht und in der Verhandlung Gegenstände berührt werden, die mit dem konkreten zur Anklage gestellten Falle nicht im direkten Zusammenhange zu stehen scheinen,

so tragen wahrlich nicht die Angeklagten die Schuld. Nur die Einschränkung der politischen Strafprozesse vermag die Integrität von Recht und Gerechtigkeit zu erhalten.“

Karl Liebknecht bespricht den Prozess in der „Sächs. Arb.-Ztg.“. Auch er bespricht die Bedeutung des Prozesses für die Reform der Strafprozessordnung und des Strafvolzuges. Er sagt u. a.:

„Die Fälle Kläroff und Grose aber boten in ihren grauenhaften Details und ihrem Gesamtbild eine solche Fülle der Anregung, ein so bereites Klaidener für die Verbesserungsbedürftigkeit unseres Strafvolzuges, daß ein stärkerer Eindruck auch von einer weiteren Verhandlung kaum mehr erreicht werden konnte. Und dieses Klaidener wirkte um so bereedter, je außerordentlich die Schwierigkeiten waren, die die Verhandlungsleitung rings um die Verteidigung aufwärmte und deren Ueberwindung wahre Eishühnqualen kostete.“

Von besonderem Interesse ist, was Liebknecht über den Ausgang des Prozesses ausführte:

„. . . Diese Verhandlungen und der Vergleich sind in der Parteipresse mehrfach merkwürdig mißverstanden worden. Ob der Vergleich ein Fehler war oder nicht, soll hier nicht von vornherein entschieden werden; jeder möge sich aus den hier vorgetragenen Tatsachen sein Urteil selbst bilden.“

Die zuerst in unserer Parteipresse und daran anknüpfend in gegnerischen Zeitungen erhobenen hauptfächlichsten Vorwürfe schlugen jedenfalls gründlich daneben. Wie kann im Ernst von dem Unternehmen einer Kabinetsjustiz, einem Eingriff in die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gesprochen werden? Der Justizminister ist natürlich auch nicht mit einem Jota als Aufsichtsinanz angegangen worden. Die Vergleichsverhandlungen haben sich allenfalls absolut ausschließlich mit der Frage der Rücknahme des Strafantrages befaßt, den der Oberstaatsanwalt am Kammergericht, natürlich in Uebereinstimmung mit dem Justizminister, für die angeblich beleidigten Gefängnisbeamten gestellt hatte; mit der Rücknahme des Strafantrages, die im Gesetz ausdrücklich zugelassen ist. Und wenn die Angeklagten auch noch massenhaftes schlagkräftiges Material im Saal hätten, eine günstigere Gelegenheit zum Abbruch des Prozesses, als auf der Höhe des Triumphes im Hof Grose, war kaum denkbar. Gewiß hat jeder Sozialdemokrat das gute Recht, so die Pflicht, bei Vergleichsverhandlungen dieser Art ein energisches Mißbehagen zu empfinden; aber die von den Angeklagten abgegebene Ehrenerklärung wird nicht wesentlich ab von der Erklärung, die sie und ihre Verteidiger in fast ermüdender Wiederholung ein paar Dutzend mal vor und in der Verhandlung abgegeben hatten: „Was ist uns Gefuba-Pfleger und Gefuba-Waer? Für letzteren als Menschen und Strafvolzugsreformer können wir sogar besondere Achtung empfinden! Wir wollen nicht einzelne Verfehlungen irgend welcher Personen nachweisen, wir wollen die Mängel des Strafvolzuges systems treffen, die sich auch in der Amtsausübung der Rößeneer Kerze und Beamten manifestiert haben. Die Wiederholung dieser bis dahin von der Staatsanwaltschaft und dem Gerichte mit Achselzucken aufgenommenen Erklärung im Vergleich konnte nur dazu dienen, wiederholt das Wesentliche und von den Angeklagten Gewollte von dem Unwesentlichen und von der Anklage Gewollten, den Angeklagten wider ihren Willen Aufzotrieren scharf zu scheiden — zu Ruh und frommen der Sache, der Reform des Strafvolzuges systems.“

Die Uebnahme der Prozesskosten durch die Angeklagten, die gerade in der Presse eine so lebhaft Kritik hervorgerufen hat, hat bei den Vergleichsverhandlungen gar keine Rolle gespielt, weil eine Verurteilung der Angeklagten aus formalen Gründen für alle Beteiligten einfach selbstverständlich war, voraus sich die Regelung dieses Punktes von vornherein ergab. Aus der Uebnahme der Kosten regelmäßig ein Bekenntnis der Niederlage zu schließen, entspricht zwar einer weit verbreiteten, aber nicht gerade von tieferer Einsicht getriebenen Auffassung.

Demgegenüber stand die Tatsache, daß eine hohe staatliche Behörde in einem eminent politischen Prozesse, der mit größtem Tamtum eingeleitet war, der nach Rugdan und Niederding eine vernichtende Brandmarkung sozialdemokratischer Leichtfertigkeit erzielen sollte, nach dreiwöchigen aufsehenerregenden Verhandlungen ihren Strafprozess zurückziehen bereit war. Wer das politische und prozesspolitische Gewicht dieser Tatsache verkennt, verliert einfach den Reichtum zur Würdigung des Vergleichs.

Uebrigens war schon nach den ersten Tagen der Verhandlung, die zu den bekannnten peinlichen, in der Geschichte der Strafjustiz fast unerhörten Vorkommnissen führten, eben infolge dieser Vorkommnisse auch auf Seite der Nebenkläger die Stimmung für eine vergleichsweise Befreiung des Streits recht gründlich vorbereitet. Die Reizung, diesem Prozessmonstrum ein „unnatürliches“ Ende zu bereiten, lag seit etlichen Tagen schon geradezu in der Luft. Und wer den Verhandlungen beigewohnt hat, wird das in seiner ganzen Bedeutung verstehen können.

Alles in allem: man mag über die Zweckmäßigkeit des Vergleichs verschiedener Meinung sein können; die Auffassung, daß der Vergleich einen günstigen, den Angeklagten, der Strafprozessreform und der Partei dienlichen Abschluß des Prozesses bedeutet, wird mindestens als verständlich und halbtier anerkannt werden müssen. Und trotz mancher Bedenken im einzelnen treten wir dieser Auffassung im großen und ganzen bei.

Hoffentlich wird die Parteipresse die Auseinandersetzungen über den Vergleich baldigt beenden und sich an eine gründliche Ausnützung und Verarbeitung des sachlichen Prozessvertrages, an eine energische Propaganda der Strafvolzugsreform machen.“

Ueber Polizei darf nicht gesprochen werden. Aus Kiel wird uns geschrieben: Während die Zwangsgermanisierung der nord-schleswigschen Dänen nach der originalen Köllerschen Methode betrieben wird, scheint die Polizei in Nordschleswig zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung sich das bewährte schleswigsche System zum Muster zu nehmen, wie aus folgendem hervorgeht. Am Sonntagabend fand in Flensburg eine Holzarbeiter-Verammlung statt, in der auch die Abhaltung eines Kinderbegrüßungs zur Debatte stand. Ein Redner bezeichnete den Vorschlag, die Polizei um die Genehmigung eines Umzuges bei dieser Veranstaltung zu ersuchen, als aussichtslos, da die Polizei prinzipiell alle von Arbeitern geplanten Umzüge verbiete. Außerdem würden, wenn wirklich der Umzug genehmigt werden sollte, wieder eine ganze Anzahl Polizeibeamte um ihre Sonntagstruhe gebracht werden. Bei diesen Worten sprang der überwachende Beamte in die Höhe, stürzte auf den Vorstandstisch zu und rief: „Ueber Polizei darf hier nicht gesprochen werden!“ Der Vorsitzende wies den Ueberwachenden in seine Schranken zurück und verbreitete sich dann über die Geflogenheiten der Flensburger Polizei, bürgerlichen Vereinen anstandslos alle derartigen Umzüge, die den Arbeitern verboten werden, zu gestatten; das sei ein Messen mit zweierlei Maß. Wieder sprang der Beamte auf und diesmal rief er: „Ich schließe die Verammlung.“ Erst als ihm der Vorsitzende auseinanderzusetzen hatte, daß er nichts zu schließen habe, besann er sich auf seine Formel und löste die Verammlung auf.

Wie zutreffend die Ausführungen des Vorsitzenden gewesen, bewies ein Schreiben der Polizei, das an demselben Tage dem Gewerkschaftskartell zugegangen war. Das Kartell hatte um Genehmigung eines Umzuges zum Gewerkschaftsfeste nachgehakt und, um der üblichen Polizeibefragung vor Verlesungsformen die Spitze abzubrechen, auf die musterhafte Disziplin der organisierten Arbeiter, von der zurzeit gerade wieder die streikenden Werftarbeiter einen glänzenden Beweis ablegten, hingewiesen. Die Behörde verbot trotzdem den Umzug und berief sich in ihrer lakonischen Motivierung des Verbots — auf den Streik der Werftarbeiter.

An demselben Sonntagabend, an welchem die Flensburger Polizei diese Taten verrichtete, ernannte der Polizeileiter von Kiel auf dem schleswig-holsteinischen Städtetage die versammelten Bürgermeister, die Polizeiverwaltungen möchten immer bedenken, daß sie des Publikums wegen da seien. Wie man sieht, hat der Herr Ursache gehabt, seinen Kollegen den Standpunkt klar zu machen, ob seine Worte aber beherzigt werden, ist eine andere Frage. —

Es gibt noch geschickkundige Beamte in Preußen. Aus Oppruchen wird uns geschrieben: Ein Tischlergeselle aus Königsberg arbeitete bei einem Tischlermeister in Trilmkau bei Laptan, unweit des Badeortes Franz. Als Lohn erhielt er außer freier Station sechs Mark pro Woche. Dem Gesellen kam der Lohn zu wenig vor und nach einigen Wochen verlangte er Zulage. Diese wurde ihm aber abgelehnt, worauf er die Arbeit niederlegte. Doch diese Freveltat sollte gerodet werden. Das brave Tischlermeisterlein war entrüstet über den auffässigen Tischlergesellen, er zog den guten Rod an und ließ zum Amtsvorsteher. Dieser schüttelte sein weißes Haupt, setzte sich an den Schreibtisch und schrieb an den Sänder folgendes:

Der Amtsvorsteher. Laptan, 15. Juni 1905. Sie haben nach vorliegender Anzeige des Tischlermeisters Virchow aus Trilmkau den Dienst (?) bei ihm am 14. Juni 1905 widerrechtlich verlassen.

Sie werden daher auf Grund des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung aufgefordert, den Dienst bei p. Virchow bis zum 20. Juni 1905 wieder anzutreten, widrigenfalls gegen Sie eine Geldstrafe von 10 — zehn — Mark festgesetzt werden wird, an deren Stelle im Falle des Unvermögens eine Haftstrafe von 2 — zwei — Tagen tritt. Gegen die Androhung dieser Strafe steht Ihnen die Beschwerde im Aufsichtswege innerhalb zwei Wochen zu.

So geschah im Jahre 1905 im Juni, während der großen Hitze. Der Tischlergeselle wird selbstverständlich trotz dieser Strafandrohung nicht in den Dienst des p. Virchow zurückgekehrt. Er wird nicht von dem Recht der Beschwerde gegen diese Strafandrohung Gebrauch machen, und so kann ja der Herr Amtsvorsteher auch wirklich gegen den hartnäckigen Menschen Strafbefehle nach Herzenslust erlassen, wenn nicht inzwischen der Landrat ihm gefagt haben wird, er möge des grausamen Spiels genug sein lassen. Die konservative Geminnung erregt doch nicht die Befehlsherrschaft. Der Amtsvorsteher wird zu seinem Erstaunen schließlich doch entdecken müssen, daß ein in einem gewerblichen Betriebe stehender Handwerker unter dem Schutze der Gewerbeordnung und nicht unter der Gefindeordnung steht.

Geistesranke in der Kaserne. Der Arbeitssoldat Joseph Klein von der Mainzer Arbeiterabteilung dient jetzt 4 Jahre. Zur Arbeiterabteilung haben ihn seine Strafen wegen unerlaubter Entfernung geführt, für die er nachher nie einen Grund anzugeben konnte. Er ist wegen des genannten Delikts allein gerichtlich mit 19 Monaten Gefängnis, die beiden letzten Male mit je 6 Monaten, vorbestraft. Am 23. Februar d. J. nun leistete er dem wiederholten Befehle eines Sergeanten, die von ihm gereinigten Gewehre in einen anderen Saal zu tragen, keine Folge, stierte vielmehr an die Wand und schlug um sich, als ihn einige andere Arbeitssoldaten auf Befehl des Sergeanten aufmunterten wollten. Dann ließ er sich willig abführen. Von der Anklage des Widerstandes, den der Gerichtsherr in dem Umschlagen gegen die andern Arbeitssoldaten erblickte, wurde Klein vom Kriegsgericht des Gouvernementes Mainz freigesprochen, dagegen wegen Beharrens im Ungehorsam vor versammelter Mannschaft gegenüber dem Befehl des Sergeanten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte sowohl der Gerichtsherr, weil er den Angeklagten auch wegen Widerstands bestrafen wissen wollte, wie der letztere selbst, weil ihm die Strafe zu hoch war, Berufung eingelegt.

In einer früheren Verhandlung hatte nun das Kriegesgericht beschlossen, Klein in der Irrenanstalt Eichberg auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gutachten des Oberarztes Dr. Starke ging dahin, daß Klein für seine Handlungen nicht verantwortlich zu machen sei, und zwar sei er schon seit Jahren geisteskrank. Er leide an geistiger Schwäche auf epileptischer Basis und gehöre nicht in die Arnee. Demgemäß lautete das Urteil auf Freisprechung.

Nicht nur in Zivilgefängnissen wird also Geisteskrankheit, weil nicht erkannt, bestraft! — Die „fittliche und moralische Bredlung“ in der Kaserne. Ein Rekrut des Füsilier-Regiments Nr. 89 in Düsseldorf war mit einem der „alten Leute“ in Differenzen geraten. Der letztere holte sich am Abend des 10. Mai noch 7 seiner Kameraden und verprügelte den Rekruten auf die schändlichste Weise. Ein anderer Rekrut, welcher ihnen ob ihres gemeinen Beginnes Vorhaltungen machte, wurde gleichfalls schwer mißhandelt. Das Kriegsgericht in Düsseldorf, das sich mit der Sache zu befassen hatte, sprach drei der Täter frei, während die fünf übrigen zu 6, 5, 2 und 1 Woche Gefängnis verurteilt wurden.

Südwestafrika. Berlin, 21. Juni. Ein amtliches Telegramm aus Windhof meldet: v. Trotha, Leutnant d. A., im Patrouillengefecht südwestlich der kleinen Narsasberge bei Anibes am 14. Juni gefallen. Reiter Johann Albang, geboren 13. 11. 83 zu Sulzbach, am 16. Juni im Lazarett Liederhacht an Herzschwäche nach Typhus verstorben. Reiter Josef Köffe, geboren 15. 11. 81 zu Lehn-Langenau, am 13. Juni in Pimokel gestorben; Todesursache noch nicht gemeldet. Bizeamtsmeister d. R. Frhr. v. Altmann, geboren 24. 9. 78 zu Hamm i. Westf., hat sich am 14. Juni beim Entladen seiner Pistole aus Unvorsichtigkeit durch die Brust geschossen und ist bald darauf gestorben.

Husland.

Ein togeborenes und togefahriges Ministerium. Die Tragödie die ungarischen Krise schlägt nun in die reine Pöste um. Nach Monate dauernden Verhandlungen ist nicht mehr herausgekommen, als wie das arneltige Ministerium Fejervary mit einem abgetakelten General an der Spitze und in allen Winkeln zusammengelassenen Beamten als „Kabinetsminister“. Daß ein Feldzeugmeister, Mariathereisenritter und früherer Kriegsminister an der Spitze steht, könnte zu der Meinung führen, daß ein Kampfministerium gestellt wird, welches die widerpenstige Reichstagsmehrheit „nötigenfalls“ mit Wassengewalt zu Haaren treiben werde. Nichts wäre irrtümlicher, als diese Annahme; das Ministerium des alten Haudegen ist kein Ausdruck von Kriegslust, nur einer der tödlichen Verlegenheit. Die Sache ist sehr einfach. Wisler hatte sich die Krone dadurch aus der Tasche geholt, daß sie das demissionierte Kabinets Fejervary die Geschäfte weiter führen ließ, den in den Wahlen um seine Wehrheit gekommenen Führer der liberalen Partei zwang weiter im Amte zu bleiben. Der Erfolg dieser Taktik ist nicht ausgeblieben. Die liberale Partei, die aus den Wahlen noch als respectable Minorität herausgekommen war, ist dadurch ganz zerrüttet worden und besteht heute nur noch auf dem Papier. Aus dieser fälschen und schiefen Stellung will nun Fejervary, will die Partei unter allen Umständen heraus und so mußte sich die Krone endlich um ein neues Ministerium kümmern. Da sie ja ein parlamentarisches Ministerium nicht zusammenbringen, mußte ein nichtparlamentarisches, ein „Beamtenministerium“ gefunden werden. Zu diesem Geschäft hat sich aber in Ungarn kein einziger Mensch bereit gefunden als der gegenwärtige Kapitän der ungarischen Trabantenleibgarde; das solide Ministerium Fejervary ist eben die Regierung, welche der König in Ungarn noch aufzutreiben vermag. Daß damit die Krise nicht gelöst wird, ist klar. Es wird nur ein demissioniertes Ministerium durch ein zu demissionierendes ersetzt.

In der Tat ist bereits in der ersten Sitzung das Ministerium Fejervary togefahrig worden — ein Totschlag, an einer Totgeburt verübt. Aus Budapest wird vom 21. Juni telegraphiert: Saal und Galerien des Abgeordnetenhauses sind dicht besetzt. Die Mitglieder des neuen Kabinetts werden bei ihrem Erscheinen im Saale mit Zeichen des Mißfallens empfangen. Ministerpräsident Fejervary überreicht dem Präsidenten das königliche Handschreiben, in welchem dem Reichstage die Ernennung des neuen Kabinetts mitgeteilt wird, und verliest dann eine Erklärung.

Präsident Jusfi erklärt hierauf, das Haus werde bezüglich der Vorlagen verfahren.

In diesem Augenblick bittet Ministerpräsident Fejervary, ein zweites königliches Handschreiben verlesen zu dürfen.

Unter den Abgeordneten entsteht große Aufregung, weil sie vermuten, daß in dem zweiten Handschreiben die Vertagung des Hauses verfügt werde, und weil sie die Vertagung des Hauses so lange hinauszuschieben wünschen, bis dem neuen Kabinett vom Hause ein Mißtrauensvotum erteilt sei.

Präsident Justh erklärt, er könne das Handschreiben nicht verlesen lassen, da der vorliegende Gegenstand der Tagesordnung, die Vorstellung der Minister, noch nicht erledigt sei.

Die Sitzung wird suspendiert. Nach Wiederaufnahme der Sitzung beschließt das Haus mit Mehrheit, daß zuerst der zur Verhandlung stehende Punkt der Tagesordnung erledigt und hierauf das königliche Handschreiben verlesen werde.

Ministerpräsident Fejervary erklärt, da dieser Beschluß dem traditionellen Herkommen widerspreche, verlasse er mit den Mitgliedern der Regierung den Saal.

Hierauf beantragt Franz Rossuth namens der koalitierten Majorität das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett, da dasselbe unparlamentarisch sei.

Graf Tisza beantragt ebenfalls ein Mißtrauensvotum im Namen der liberalen Partei.

Sodann nimmt das Haus mit großer Mehrheit den Antrag Rossuths an.

Hierauf wird das königliche Handschreiben verlesen, durch welches das Abgeordnetenhaus bis zum 15. September vertagt wird. (Große Unruhe, laute, gegen Tisza gerichtete Rufe: Schmach! Schande!)

Das Handschreiben kann in dem großen Saal nicht zu Ende gelesen werden. Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen. Sodann wird der Schluß des Handschreibens verlesen.

Nach der Verlesung des kgl. Handschreibens erhob sich der Graf vonffy, um im Namen der Koalition Protest gegen die Vertagung des Abgeordnetenhauses zu erheben, da dieselbe dem gesetzlichen Rechte der freien Meinungsäußerung seitens der Nation widerspreche. Er erklärt in seinem Protest, das Verbleiben der Regierung im Amte sei versicherungswidrig, da diese ein Mißtrauensvotum erhalten habe. Die Regierung sei daher nicht berechtigt, Reskuten auszuheben, die Erfahrene einzuberufen, und die ausgedienten Reskuten zurückzubehalten; sie sei auch nicht berechtigt, Steuern zu erheben oder über Handelsverträge zu verhandeln.

England.

Die Durststrecken in der Arme. London, 21. Juni. Unterhause. Der Premierminister Balfour erklärt, die Regierung beabsichtige eine königliche Kommission zu ernennen, welche die betrügerischen Vorwände bei den Lieferungen für die südafrikanische Armee untersuchen soll. Campbell Bannerman erklärt sich mit der Einsetzung einer solchen Kommission einverstanden, sagt aber, die Opposition wünsche eine Gelegenheit, um die Haltung der Regierung in dieser ganzen Frage zu erörtern. Balfour erwidert, die Opposition wünsche also erst eine Erklärung, und dann eine Untersuchung. Campbell Bannerman entgegnet, die Opposition wolle den Premierminister hindern, hinter der Kommission Schutz zu suchen. Nach weiterer lebhafter Debatte wird der Gegenstand verfallen.

Ein großes Arbeitspensum hat das englische Parlament noch in der laufenden Session zu bewältigen. Die Arbeiten haben nach beendeten Pfingstferien soeben erst wieder begonnen und am 12. August spätestens soll die Session beendet sein. Es bleiben also nur noch ca. 6 Wochen übrig und noch sind die wichtigsten Gesetzesvorlagen unerledigt. Die wichtigsten dieser Gesetze sind: Die Ausländer-Bill, das Arbeitslosengesetz, das schottische Unterrichtsgesetz, Arbeiterversicherungsgesetz. Außerdem sind noch eine Reihe kleinerer Vorlagen in den Komitees. Die Absicht der Regierung, die ihrerseits viel Schuld trägt an der Verschleppung der parlamentarischen Arbeiten, scheint dahin zu gehen, die ausstehenden Vorlagen nunmehr in aller Eile durchzupressen. Es ist aber sehr fraglich, ob das gelingen wird, denn es handelt sich zum Teil um hochwichtige prinzipielle Entscheidungen.

Frankreich.

Der Polizeikampf gegen die Pariser Arbeitsbüchse. Die Pariser Arbeitsbüchse, in der die Gewerkschaften der französischen Hauptstadt ihren Sitz haben, wird von der Stadt subventioniert, muß sich deshalb aber auch eine Kontrolle der Municipalität und auch der Regierung gefallen lassen. Unter allerlei Vorwänden sucht die Polizei gerade, wie schon berichtet, gegenwärtig wieder, ihren Einfluß zu erhöhen und sich in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumischen. Der Konflikt hat sich bereits soweit zuspitzt, daß die Gewerkschaften befürchten, man werde versuchen, die Arbeitsbüchse wiederum zu schließen. Am 10. Juni sollte der große Schluß gegen die Arbeitsbüchse ausgeführt werden. Für den Abend dieses Tages war eine große Versammlung anberaumt, in welcher über die Förderung eines möglichen Arbeitstages verhandelt werden sollte. Man erfuhr, daß die Polizei durch gekaufte Individuen eine Störung der Versammlung hervorzurufen lasse wollte, um sodann eingreifen zu können. Als weitere Maßnahme war sodann die Schließung der Börse geplant. Dieser Plan wurde vereitelt durch ein fürchterliches Gewitter, das um die Versammlungszeit über Paris niederbrach; übrigens war der Plan den Gewerkschaftsführern bekannt geworden. In den Kreisen der Pariser Gewerkschaften wird angenommen, daß Magistrat, Polizei und Regierung sich namentlich über das große Plakat ärgern, welches die Gewerkschaften an der Front des Hauses angebracht haben und auf welchem zu lesen steht: „Vom 1. Mai 1906 an arbeiten wir nicht mehr denn 8 Stunden pro Tag.“ Diese Aufschrift mag gewiß die herrschenden Klassen sehr in Erregung bringen, aber die Gründe für den Haß gegen die Arbeitsbüchsen liegen sicherlich tiefer. Man erkennt in ihnen diejenigen Organisationen, in denen die Macht der Arbeiter konzentriert wird. Diese Macht möchte man brechen.

Italien.

Marinevermehrung. Rom, 21. Juni. Die Deputiertenkammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 190 gegen 48 Stimmen die Vorlage betreffend Vermehrung der Ausgaben für die Kriegsmarine.

Eine Rede an den Zaren.

Es liegt mir eine offizielle Mitteilung vor über den Wortlaut der an den Zaren gehaltenen Ansprache. Worte, wie sie hier der Führer der Deputation dem Zaren unmittelbar ins Gesicht geschleudert, wären noch vor wenigen Monaten, öffentlich ausgesprochen, mit schwerer Strafe verfolgt worden. Insofern hat die Revolution direkt Hand an den Zaren gelegt.

Indeß, so sehr man das Symbolische des Vorgangs würdigen mag, in seiner realen Wirkung darf man ihn nicht überschätzen. Fürst Trubezkoi hat als ein ziemlich vorgeschrittener Liberaler gesprochen und Forderungen erhoben, die jedenfalls jeden Verfassungsentwurf des Zarenbureaus weit übersteigen, aber damit ist nicht gesagt, daß auch nur das liberale Maß von Verfassung dem Zarenismus abgenötigt werden wird. Der Zarenismus bleibt so, wie er ist, oder er bricht vollständig zusammen. Selbst wenn die Liberalen mit dem Zarenismus paktieren wollen, der Zar kann nicht mit dem Liberalismus paktieren. Insofern ist die Situation für die Halben und die Kompromißler nicht geschaffen. Das Ganze steht auf dem Spiel!

Die Antwort des Zaren hat gezeigt, daß die von der Deputation erhobenen Forderungen keine Aussicht auf Verwirklichung haben, wenn man die Verwirklichung vom Zaren erhofft.

Ueber die Ansprache berichtet das folgende offizielle Telegramm: Petersburg, 20. Juni. (Redung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der Rede, welche Fürst Trubezkoi gestern beim Empfange durch den Kaiser an diesen richtete, führte der

Redner aus, die Vertreter der Semstwo und der Städte seien dankbar, empfangen worden zu sein und dafür, daß der Kaiser erkannt habe, daß nur die Liebe zum Vaterlande, die Pflicht gegen den Kaiser und das Bewußtsein der gemeinsamen großen Gefahr sie zu ihm geführt haben.

Redner wies auf die allgemeine Desorganisation hin und sagte dann, das russische Volk habe seinen Patriotismus, seinen Glauben an den Kaiser und die unerschütterliche Macht Russlands nicht verloren und könne deshalb seine Niederlagen und die Verwirrung im Innern nicht begreifen. Das russische Volk fühle sich gekränkt und glaube, daß auch der Kaiser gekränkt werde, da es sehe, daß das Gegenteil des Guten geschehe, was der Kaiser wolle. Dieses Gefühl nehme fortwährend zu, und das Volk sehe überall Betrüger, unter den Generälen, unter den Rätegebern des Kaisers, unter allen an leitender Stelle stehenden Persönlichkeiten. Durch dieses Gefühl werde das Volk gegen die Grundeigentümer aufgereizt, und überall rasche die Intelligenz einen Teil der Bevölkerung gegen den andern auf. Der seit Jahrhunderten der Unterdrückung aufgeschleppte, durch das Elend der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Barenthaltung bürgerlicher Rechte noch vermehrte heftige, unerbittliche Haß werde umso gefährlicher, als er die Form des Patriotismus annehme und so noch leichter ausreißend auf die Volksmassen wirke.

Der einzige Ausweg aus dem inneren Leiden sei die Einberufung von erwählten Vertretern des Volkes. Von einer solchen Volksvertretung dürften aber keine Teile der Bevölkerung, keine gesellschaftlichen Schichten ausgeschlossen werden, damit so ausgeschlossene nicht Feinde der neuen Organisation würden. Die Volksvertretung dürfe keine häßliche sein, denn der Kaiser sei nicht der Kaiser eines oder des anderen Standes, sondern der Kaiser ganz Russlands.

Die Erwählten des Volkes, die berufen seien, mit dem Kaiser ein gemeinsames Werk zu vollführen, hätten den Interessen aller, nicht aber denen einzelner Stände zu dienen. Die Volksvertretung müsse mitwirken bei der Reorganisation des Staates.

Eine Bureaucratie gebe es in allen Ländern, sie dürfe aber nur den Platz einnehmen, der ihr gebühre, und sich nicht souveräne Rechte anmaßen, sondern sie müsse eine verantwortliche Institution sein. Die Volksvertretung dürfe nicht ein ausgebildetes Abbild des alten Systems der bürokratischen Einrichtungen, sondern sie müsse unabhängig sein und zwischen ihr und dem Kaiser dürfe sich nicht eine neue, auf bürokratische Einrichtungen gegründete Mauer erheben. Es müsse die Möglichkeit gegeben werden, über die Reorganisation des Staates auf breiterer Grundlage Erörterungen anzustellen, und zwar nicht erst in der ersten Versammlung der Volksvertretung, sondern schon heute in der Presse und in öffentlichen Versammlungen. Es würde ein verhängnisvoller Widerspruch sein, wenn man die Volkskräfte zur Mitarbeit an den Fragen des staatlichen Lebens berufen und gleichzeitig öffentliche Verhandlungen über diese Fragen verbieten wollte. Das würde das Vertrauen nehmen, daß die Reformen verwirklicht werden und deren Durchführung verhindern. Die Wiedergeburt Russlands müsse auf Vertrauen beruhen.

Nach dem Fürsten Trubezkoi sprach Federow-Petersburg. Er stimmte dem Vordem bei und fügte hinzu, daß, wie der Kaiser die Frage auch löse, ob Krieg oder Frieden, der Krieg doch einmal zu Ende gehen müsse. Dann werde es notwendig sein, die der Volkswirtschaft und den Finanzen geschlagenen Wunden zu heilen. Es werde erforderlich sein, das jährliche Budget mit zahlreichen Millionen zu belassen, deren Deckung ungewisser Arbeit erfordern werde. Ein Fortschritt auf dem Gebiete der Zivilisation, eine Hebung der produktiven Kräfte des Landes sei nur möglich, wenn man die im Volke liegenden Kräfte benutze. Redner schloß mit den Worten: Eure Majestät haben viele Leute von Talent, aber nur wenige, die fähig sind, von ihren Bureaus aus den Bedürfnissen des Volkes abzuhelfen. Das jetzige Werk fordert jedoch Leute, die wirkliche Lebenserfahrungen besitzen, deshalb schließen die städtischen Behörden sich den Ausführungen der Vertreter der Semstwo an.

Die revolutionäre Bewegung.

Łódz, 21. Juni. Bei der heute erfolgten Beerdigung von fünf am Sonntag bei Zusammenstößen mit der Polizei getöteten Personen kam es zu großartigen Trauerkundgebungen. Ungefähr 50.000 Personen mit roten Fahnen folgten den Leichen, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden.

So meldet selbst ein offizielles Telegramm.

Der japanische Vormarsch.

Ueber neue Befehle, die am Montag stattgefunden haben, berichtet General Linewitsch nach Petersburg:

Am 19. früh 4 Uhr begannen die Japaner mit einem Vorstoß gegen unsere Front westlich der Eisenbahn. Ein Luftschiff wurde von starken japanischen Abteilungen besetzt. Vor unserer Truppe im Gebiet von Tschangwopin wichen die Japaner auf der ganzen Linie südwärts zurück.

Im Gebiet der Eisenbahn sind die Japaner bis zur Station Schuonmiaoya gekommen und haben dann die Offensive eingestellt. Deshalb der Eisenbahn begann japanische Infanterie früh 3 Uhr in der Richtung des nach Banlaskhamyn führenden Weges vorzurücken, machte aber um 9 Uhr vormittags Halt. An der Randarinenstraße machten die Japaner um 3 Uhr früh eine Angriffsbewegung, besonders gegen unsere linke Flanke. Gegen 9 Uhr vormittags gingen unsere vorgeschobenen Abteilungen etwas zurück und setzten diese Bewegung fort, als die japanische Artillerie gegen 10 Uhr das Feuer eröffnete. Um Mittag besetzten die Japaner das Dorf Siaojschusi, um 2 Uhr Pomalim.

Selbst diese Meldungen des russischen Oberbefehlshabers können nicht verhehlen, daß die Japaner erfolgreich sind.

Nachrichten aus Tokio lassen die Lage der russischen Armee noch weit ungünstiger erscheinen. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio:

Die Japaner rücken beständig siegreich vor. Die russische Armee ist auf beiden Flanken vollständig umgangen. Die Japaner haben beträchtlich mehr als eine halbe Million im Felde stehen. Die eintretenden Operationen nahmen am 20. Mai ihren Anfang.

Schweden willigt in die Ründigung.

Das ist das Ergebnis der außerordentlichen Tagung des schwedischen Reichstags. Man bedauert zwar, man sagt, aber man sügt sich drein und denkt nicht an „Zwangsmahregeln“.

Die schwedische Regierung hat dem außerordentlichen Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, in welchem sie die Ermächtigung dazu verlangt, mit dem norwegischen Storting in Vorbesprechungen einzutreten und eine bedingte Regelung der Geschäfte zu beschließen, deren Feststellung für den Fall der Trennung für notwendig erachtet werde.

In dem Ministerrate, in dem der Gesetzentwurf aufgestellt wurde, erklärte der Ministerpräsident Ransstedt, es liege keineswegs im Interesse Schwedens, sich Zwangsmahregeln zu bedienen; er empfehle daher Vorverhandlungen, denn es sei wünschenswert, daß durch eine Uebereinkunft Wärgschaften für ein friedliches gemeinsames Leben erlangt würden. Unter allen Umständen seien Vorverhandlungen zur Entwiklung und zur endgültigen Abwicklung unerlässlich. Dies könne sehr wohl durch Delegierte geschehen. Erst nach dieser bedingten Regelung und nachdem der Reichstag dieselbe geprüft habe, würde Schweden sich mit der Frage betreffend seine endgültige Genehmigung der Auflösung und Angliederung der Unionsakte zu befassen haben. Die anderen Mitglieder des Staatsrates erklärten, daß sie sich dem Ministerpräsidenten anschließen.

Der König erklärte darauf: Es ist ein schmerzlicher Schritt, den zu tun der Staatsrat mich auffordert. Mein Gewissen sagt mir, daß ich während meiner langen Regierung auf das Ziel hingearbeitet habe, das Wohl der Bruderländer. Es ist in der Tat für mich schmerzlich, mitzugeben an der Auflösung einer Union, in der ich die Unabhängigkeit, Sicherheit und das Glück der vereinigten Königreiche zu sehen geglaubt habe. Wenn ich gleichwohl bereit bin, so zu handeln, so tue ich es nur, um ein noch schlimmeres Uebel zu vermeiden und in der Ueberzeugung, daß eine Union ohne gegenseitige Uebereinstimmung für Schweden keinen wirklichen Vorteil schaffen wird.

Stockholm, 21. Juni. Die außerordentliche Tagung des Reichstags ist heute von dem König mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben erhebt der König zunächst Einspruch gegen die Beschuldigung, durch Verletzung der Verfassung die Maßnahmen Norwegens herbeigerufen zu haben. Der dem Reichstage unterbreitete Gesetzentwurf sehe es nicht darauf ab, durch Zwangsmahregeln das von Norwegen begangene Unrecht zu erwidern. Die Union sei der Opfer nicht wert, die Zwangsmahregeln nötig machen würden. Von wenig Wert würde für Schweden eine Vereinigung sein, zu welcher auf solche Weise Norwegen gezwungen werden würde. Das schwedische Volk möge sich vom Geiste der Ruhe und Einsicht leiten lassen.

In seiner Antwort auf die Thronrede gab der Präsident der Ersten Kammer Graf Sparre dem Willen der Kammer Ausdruck, zu einer Schweden beruhigenden Lösung der in das internationale Leben tief eingreifenden Frage beizutragen, welche die Einberufung des Reichstages veranlaßt habe.

Der Präsident der Zweiten Kammer Svarling erklärte darauf u. a., mit schmerzlicher Ueberraschung habe das schwedische Volk die Postkarte empfangen, daß das norwegische Volk das Band zerreißen wolle, das einst zum Glück beider Völker geknüpft worden sei. Diese Rechtskränkung sei dem schwedischen Volke tief zu Herzen gegangen.

Aus der Partei.

Generalkonferenz.

Wir bitten, die kritische Ueberschreift nicht auf den politischen Massenstreik an sich zu beziehen, sondern auf das, was in der nachfolgenden Resolution über den Zweck dieses Kampfmittels gesagt wird. In einer Gewerkschaftsversammlung in Erfurt wurde folgende Resolution demig angenommen:

„Die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung erklärt sich mit den Ergebnissen des Gewerkschaftskongresses nur zum Teil einverstanden. Sie ist unzufrieden mit dem Verlauf der Debatte über die Thronrede, da sie fordert, daß die Arbeiterkraft dieses prinzipiell schärfste Demonstrationsmittel des Klassenkampfes sich durch keinerlei kleinliche Kasselforderungen oder Scheu vor Opfern kränken und ver-wässern lassen darf.“

Die Versammlung erachtet weiter eine Diskussion über den politischen Massenstreik nicht für vertretlich, sondern für dringend nötig, da das letzte Ziel der Arbeiterbewegung: die Ueberführung der Produktion in Gemeinbesitz die Einigkeit und enge Entschlossenheit der Arbeiter dahingehend voraussetzt, den politischen Massenstreik auch zur Durchführung zu bringen.

Sich nur über die wirkungsvollste Anwendung dieser letzten schärfsten Waffe heute schon zu unterrichten, ist die unabwiesbare Pflicht des Proletariats, da auch zur Abwehr der überall drohenden politischen Entrechtung der Arbeiter der Zeitpunkt des Gebrauchs dieser Waffe nicht bestimmt werden kann. Die Lösung gilt: über alles klar und für alles bereit zu sein!“

Diese Resolution läßt noch viel mehr als die Notwendigkeit der Diskussion des politischen Massenstreiks die Notwendigkeit der Diskussion über die Zwecke und Möglichkeiten politischer Aktionen erkennen. Der politische Massenstreik kann wie alle anderen Aktionen des kämpfenden organisierten Proletariats der Abwehr politischer Entrechtung dienen, wie ebensogut ein Mittel auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht sein. Die Ueberführung der Produktion in Gemeinbesitz kann nur das Resultat einer langen ökonomischen Entwicklung sein, auf deren Grundlage gesetzgeberische Akte das Fazit der Entwicklung ziehen können. Gesetze können die Entwicklung auch fördern. Der politische Massenstreik ist ein Kampfmittel gegen die herrschenden Gewalten; soweit zur Ueberführung der Produktion in Gemeinbesitz Aktionen erforderlich sind, müssen sie ausgeübt werden von der organisierten Staatsgewalt. Wenn das Proletariat die politische Gewalt erobert hat, wozu vielleicht auch der politische Massenstreik als eines der Mittel dienen kann, dann wird es damit beginnen können, die Produktion in Gemeinbesitz zu überführen bez. durch geeignete Gesetze dieser Ueberführung die Wege zu ebnen.

Mit den Geschäftsergebnissen des „Stettiner Volksboten“ beschäftigt sich eine kombinierte Mitgliedserversammlung der Parteiorganisationen für die Wahlkreise Stettin und Randow-Oreifenhagen. Das Blatt hat im Geschäftsjahr 1904 infolge größerer Aufwendungen für die inhaltliche Ausgestaltung 900 M. Fehlbetrag. Es wurde den Aufsichtsinstanzen aufgegeben, Ersparnisse zu verschaffen.

Auf einer Parteikonferenz für den Wahlkreis Düsseldorf wurden lebhaft Klagen erhoben über schlechten Besuch der Versammlungen und einen allgemeinen Mangel in der Kleingitation. Der Berichterstatter Genosse Verten erklärte, daß man mit den Ergebnissen des verflochtenen Jahres nicht zufrieden sein könne; das Zentrum leiste in der Agitation viel mehr. Es wurde die Herausgabe einer wöchentlichen Agitationschrift erwogen und dem Kreisvorstande zu weiterer Erörterung überwiefen.

In einer darauf folgenden Diskussion über das Organisationsstatut der Partei vertreten die meisten Redner den Standpunkt, daß die Beteiligung der Fraktion an den Parteitag eingekürzt werden müsse. Beschlüsse wurden dazu nicht gefaßt.

Ueber die Thronrede sprach im Bezirk Heilich (Stuttgart) der Arbeitersekretär Genosse Maritat. Nach dem Bericht der „Tagwacht“ betonte der Redner, alle seien einig, daß die Thronrede in Stuttgart miserabel war. Den Gewerkschaften die alleinige Schuld hieran beizumessen zu wollen, wäre nicht angängig, zumal auch der Partei Vorwürfe nicht zu erparen seien. Wenn auch zugegeben sei, daß einzelne despektierlich von der Thronrede gesprochen, so könne doch von einer eigentlichen Flammrede keine Rede sein. Die Hauptschuld an dem bedauerlichen Ausfall in Stuttgart trage die vorjährige schlechte Beteiligung am Festzuge, woran trotz des günstigen Sonntags nur 3000 Personen teilgenommen hätten. Es sei schwer zu sagen, wo die Arbeitstrube anfangen und wo sie aufhören solle. So sehr er, Redner, Anhänger der Arbeitstrube sei, so zweifle er angesichts unserer heutigen Verhältnisse doch daran, daß sich die Thronrede hier noch zu einer großen wirksamen Demonstration entwickeln werde; so wie die Dinge jetzt liegen, müsse die Arbeitstrube an ihrer Halbsheit zugrunde gehen. Vorläufig sei deshalb neben den Versammlungen die Sonntagsdemonstration zu befrachten, solange bis es wieder anders komme. An den beifälligen ausgenommenen Vortrag schloß sich eine sehr rege und interessante Debatte, an der sich die Genossen Dörfler, Kowald, Deinhardt, Leipart und der Referent beteiligten, die im allgemeinen letzterem zustimmten.

Soziales.

Die Bleihütten-Verordnung.

In Nr. 141 des „Vorwärts“ haben wir aus der neuen Bleihütten-Verordnung des Bundesrats bereits die wichtigsten Vorschriften über die Arbeitszeit mitgeteilt, sowie die Bezeichnung der Räume, auf welche sie sich bezieht. Zu erwähnen ist noch dazu, daß der Bundesrat auch für die Vorschriften über die Arbeitszeit einzelnen

Verliehen Dispens bis zum 1. Januar 1913 erteilen kann. Ueber die Beschäftigung von Arbeitern wird noch in § 11 und 12 bestimmt:

§ 11. Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern darf in den im § 1 bezeichneten Räumen, in den Flugstaubkammern und Flugstaubkanälen und beim Transport des Flugstaubes eine Beschäftigung nicht gestattet werden und der Aufenthalt in den genannten Räumen nicht gestattet werden.

§ 12. In den im § 1 bezeichneten Räumen, in den Flugstaubkammern und Flugstaubkanälen sowie zum Transport des Flugstaubes dürfen Personen zur Beschäftigung nur eingestellt werden, wenn durch ein Zeugnis eines von der höheren Verwaltungsbehörde dazu ermächtigten Arztes bescheinigt wird, daß weder ihre Gesundheit noch ihre körperliche Entwicklung zu Bedenken gegen die Beschäftigung Anlaß geben. Die Bescheinigungen sind zu sammeln, aufzubewahren und dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten (§ 139 b der Gewerbe-Ordnung) sowie dem zuständigen Medizinbeamten auf Verlangen vorzulegen.

Im übrigen enthält die Verordnung Vorschriften über die Ventilation der Betriebsräume, Anfeuchtung des Staubes bei der Reinigung der Fußböden, Beschaffenheit und Reinigung der Wände und Fußböden, Beschaffung von Trinkwasser, Anbringung von Sprengvorrichtungen, Ventilation von Apparaten bei der Arbeit, durch die Staub und Gase abgefangen werden und die zugleich Staubexplosionen verhüten, Lieferung geeigneter Arbeitsanzüge und Schutzapparate an die Arbeiter durch den Unternehmer sowie das Verhalten der Arbeiter bei Ausführung gewisser Arbeiten und Vorschriften über Wasch-, Ankleide- und Speiseräume, über Kontrolle des Gesundheitszustandes der Arbeiter und Ausschluß solcher Arbeiter, die sich den Einwirkungen des Bleies gegenüber besonders empfänglich zeigen.

Außerdem muß der Unternehmer noch besondere Vorschriften über das Verhalten vor, während und nach der Arbeit, über Reinigung usw. erlassen. Zigaretten und Zigarillen dürfen während der Arbeit nicht geraucht werden. Arbeiter, die diese Vorschriften trotz wiederholter Warnung verletzen, dürfen vorzeitig und ohne Kündigung entlassen werden.

Die Verwaltungskosten der Charlottenburger Ortsklasse, die sich jetzt auf 2,40 M. per Jahr und Mitglied belaufen, sind in der bürgerlichen Presse als außerordentlich hoch bezeichnet worden. Das ist eine von keiner Kenntnis der Tatsachen getriebene unwahre Behauptung. Die Kosten stehen dem Durchschnitt aller Berliner Ortsklassen gleich. Dieser betrug z. B. 2,25 M. im Jahre 1901. Es gibt aber Bezirke, in denen z. B. die Verwaltungskosten der Innungs-Kassen wesentlich höher sind, so in Hamburg, wo sie 3,40 M. per Jahr und Mitglied betragen. Die Verwaltungskosten der staatlichen Invalidenversicherung belaufen sich mindestens ebenso hoch wie die der Charlottenburger Klasse.

Gewerkschaftliches.

Ein „Ehrenmann“.

Das furchtbare Urteil im Röttauer Krawallprozeß erschütterte damals die ganze Arbeiterwelt. Gegen eine Anzahl Bauarbeiter wurden schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen ausgesprochen, so schwere Strafen, daß man darüber das gewöhnlich einwandfreie Verhalten der Leute vergaß; standen doch Vergehen und Urteil in einem gar so starken Mißverhältnis zueinander.

Auch in diesem Prozeß spielten die „nützlichen Elemente“ die bekannte staatsreiterische Rolle, in welcher wir sie so oft auf der Zeugenbank beobachten können. Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ kann nun über einen derselben, den Scharwerkmaurer Friedrich August Schmidt, Mitteilungen machen, die denselben in einem recht interessanten Lichte erscheinen lassen.

Schmidt gab sich nach dem Röttauer Krawall die denkbar größte Mühe, die einzelnen angeblich Beteiligten ans Messer zu liefern. Er ging damals mit dem früher in Röttau sehr bekannten Brigadier Neumann auf den Bauten herum und denunzierte diesem die ihm bekannten Teilnehmer. Die allgemeine Verachtung fast der gesamten Röttauer Einwohnerschaft, vor allem der Arbeiter, traf ihn für diesen „Diebesdienst“.

Jetzt hat sich nun dieser Held in seiner ganzen „sittlichen und moralischen Größe“ geoffenbart, und das Verhängnis hat ihn ereilt, als er einen braven Arbeiter durch eine falsche Anzeige unglücklich machen wollte.

Dieser „Ehrenmann“ hatte vor einigen Monaten mit dem Maurer Zimmermann in einer Wirtschaft einen Streit. Er oerließ vor B. das betreffende Lokal und lauerte ihm auf, erhielt aber bei dem dann verurteilten Ueberfall 13 selbst einen gehörigen Denzettel für seine feige Tat. Aus Rache denunzierte er nun Zimmermann bei der Polizeidirektion und beschuldigte diesen, ihn auf offener Straße räuberisch angefallen und ihm hierbei die Uhr nebst Kette gewaltsam entrisen zu haben! Auf Strafenraub steht bekanntlich Zuchthausstrafe. Sehr bald stellte sich aber die völlige Unhaltbarkeit der Schmidtschen Schwindereien heraus und es wurde nunmehr gegen ihn Anklage wegen falscher Anschuldigung erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht wies der Maurer Zimmermann darauf ausdrücklich hin, daß der Angeklagte derjenige Schmidt sei, der im Röttauer Zuchthausprozeß den Denunzianten und Kronzeugen gespielt habe. Der hereingefallene Denunziant benahm sich in der Gerichtsverhandlung äußerst frech und unverschäm. Er erhielt für seine gemeingefährliche und schmutzige Handlungsweise sieben Monate Gefängnis und zweijährigen Ehrverlust. Außerdem kann der zu Unrecht Denunzierte auf Schmidts Kosten das Urteil publizieren lassen.

Solche Elemente bringen gar zu oft ehrliche Arbeiter ins Gefängnis oder gar ins Zuchthaus. Wenn sich aber dann die Kollegen derselben weigern, mit derartigen Denunzianten zusammen zu arbeiten, um einer ähnlichen Gefahr zu entgehen, finden sich sofort den Bemiedenen gleichartige Charaktere in der Scharfmacherpresse, die dafür die Arbeiter der Unkollegialität oder gar des „Terrorismus“ beschuldigen. Selbst sogenannte „anständige“ Gegner der Arbeiterklasse unterdrücken den moralischen oder gar physischen Ekel vor derartigen Elementen: Man estimiert sie nicht, aber man braucht sie! Und das befragt heuchlerisch, wenn durch die Schuld der Gesellschaft ungebildet gebliebene Arbeiter einmal ein derbes Wort gebrauchen oder mit notorischen Lumpen unanständig umspringen!

Berlin und Umgegend.

Streikbeschuß der Kürschner. Gestern Abend fand im Alten Schützenhaus eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kürschnerbranche statt. Die einstimmig eine Resolution annahm, welche in ihren wichtigsten Absätzen wie folgt lautet:

„Die Versammlung erklärt, daß am Sonnabend, den 24. Juni, in all den Werkstätten, wo die Forderungen zugesandt sind aber bis dahin nicht anerkannt werden, die Arbeit unter allen Umständen niederzulegen ist. Wo Kündigung besteht, ist

zu kündigen. Von dem Resultat ob beivilligt oder nicht, ist dem Streikbureau sofort Mitteilung zu machen.

Die Versammlung verpflichtet jeden Kollegen und jede Kollegin, von jetzt ab nur durch unersetzten Arbeitssachverständigen anzunehmen. Jedes Zuwiderhandeln von Mitgliedern wird mit Ausschluß aus der Organisation geahndet. Des weiteren appelliert die Versammlung an das Solidaritätsgefühl sämtlicher unorganisierten Kollegen, sich ihrer Pflicht gegenwärtig bewußt zu werden und nicht durch Verrat die Schuld des Streikführers auf sich zu laden.“

Wie der Referent Regge erwähnte, hatten bis gestern von den 58 Firmen, denen die Forderungen zugestellt worden waren, 14 beivilligt, darunter 2 große Geschäfte.

Eine stille Lohnbewegung der Handlungsgehälften und Hilfsarbeiter bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (Werktätigkeit) hat mit nicht unerheblichem Erfolge der Arbeiter durch Entgegenkommen der Direktion friedliche Erledigung gefunden. Die Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehälften und Gehältsinnen Deutschlands, des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter hatten gemeinsame Lohnforderungen erhoben, die nach eingehenden Verhandlungen in ihren wesentlichen Punkten Annahme fanden. Den Handlungsgehälften insbesondere wurde zugleich eine einseitige Regelung ihres Arbeitsvertrages zugestanden. Diese Bewegung gewinnt dadurch an Bedeutung, daß die Handlungsgehälften in Verbindung mit den gewerblichen Arbeitern Forderungen gestellt und deren Bewilligung erlangt haben. — Es ist bemerkenswert, daß die Handlungsgehälften in letzter Zeit mehrfach durch die gewerkschaftliche Organisation eine direkte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen vermocht haben. Wenn das Bewußtsein der Solidarität der Interessen aller Arbeiter in den Reihen der Handlungsgehälften tieferen Boden gefaßt haben wird, dann werden weitere gewerkschaftliche Erfolge nicht ausbleiben. Die Unternehmer werden sich dann auch veranlaßt sehen, den kaufmännischen Angestellten gewiß daselbst Entgegenkommen zu zeigen, wie die Direktion der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Achtung! Arbeiter! Laut Versammlungsbeschluß gelangen zur Bekämpfung der Tarifdurchbrechungen am 25. Juni Arbeitsberechtigungskarten zur Ausgabe.

Vom Montag den 26. Juni ab muß sich jeder zu Tarifpreisen arbeitende Arbeiter im Besitze einer solchen Karte befinden.

An die übrigen Bauarbeiter richten wir die dringende Aufforderung, ihre uns gegenüber so oft bewährte Solidarität auch in diesem Falle zu betätigen.

Alles übrige siehe Inserat in heutiger Nummer. Die Verbandsleitung.

Die Asphaltarbeiter der Firma Jeserich erzielten ohne jeden Streit einen schönen Erfolg. Zwischen dem Arbeiterausschuß (dessen Mitglieder dem Asphaltarbeiterverband angehören) und der Direktion sowie Inspektion fand eine längere Besprechung statt. Nach scharfen Auseinandersetzungen wurde den Arbeitern folgender Bescheid zuteil: Arbeiter unter 20 Jahren erhalten 35 Pf., sonstige Arbeiter 37 1/2 Pf. Stundenlohn, die Fabrikarbeiter 37 1/2, 40, 42 1/2 Pf., die Straßenbauarbeiter 35, 37 1/2, 40 Pf., die Stampfer 42 1/2, die Fuger pro Stunde 5 Pf. mehr. Die Gehaltspolierarbeiter, Spachtler sowie Meißer erhalten ebenfalls je 3 Pf. pro Stunde mehr. Immerhin ein Erfolg der jungen Organisation des Verbandes der Asphaltarbeiter und Pappschneider, dem die Jeserich'schen Kollegen seit kurzem sich angeschlossen haben.

Achtung, Fliesenleger! Das Geschäft von Denese u. Co., Friedenau, Wiedstr. 5, ist bis auf weiteres für Fliesenleger und Maurer gesperrt. Vereinigung der Fliesenleger.

Deutsches Reich.

Gendarmen gegen streikende Maurer. In Angerburg, einer größeren Stadt Ostpreußens, streiken die Maurer, weil man ihnen ihre bestehenden Forderungen — eifständige Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn — abgelehnt hat. Die Arbeitgeber verlangen, daß sie wie bisher 12 Stunden täglich von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends arbeiten sollen. Die Maurer sind gut organisiert und zum Teil abgereist, nur 18 befinden sich am Orte. Natürlich bewahren sie die größte Ruhe, aber trotzdem hat man Gendarmen nach Angerburg kommandiert, welche den Wahnwitz und die Stadt bewachen müssen. Und warum? Die Arbeitgeber haben sich auf Betreiben Königsberger und Insterburger Scharfmacher Italiener geholt, denen je 50—55 Pf. pro Stunde zahlen, wofür diese weniger wie die Angerburger Maurer leisten. Die Arbeitswilligen werden nun von den Gendarmen bewacht. Selbstverständlich können die Streikenden von dem Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen. Auf dem Bahnhofs werden Streikposten nicht gelitten. Kommt hinzu, daß den Maurern in Angerburg — wie in den meisten ostpreussischen Städten — kein Versammlungslokal zur Verfügung steht. So werden Arbeiter, die nach Kultur ringen, vom preussischen Staate, der angeblich an der Spitze der Zivilisation marschieren will, behandelt. Wie leicht kann es bei dieser Sachlage zu Zusammenstößen kommen. Die Aufrührungsarbeit hat dort noch nicht solche Fortschritte gemacht, daß die Arbeiter Provokationen gegenüber fast bleiben. Kommt es zu Konflikten — und darauf lauern ja nur die Scharfmacher —, dann werden die Arbeiter — nicht die Unternehmer und ihre Helfershelfer — ins Untersuchungsgefängnis und später ins Zuchthaus geworfen.

Zur Metallarbeiterbewegung in Bayern.

Nachdem am Montag nachmittag eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu Nürnberg die in den Münchener Verhandlungen vom Metallindustriellenverband gemachten Zugeständnisse für unannehmbar erklärt und zurückgewiesen hat, fanden am gleichen Tage abends und am Dienstag mittag nochmals Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter, des Metallarbeiterverbandes und der Vorstandschaft des Industriellenverbandes statt, da bereits am Mittwoch Abend die für den Fall, daß der Streik bis dahin nicht beigelegt wird, angekündigte allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter in den dem Unternehmerverband angeschlossenen Betrieben erfolgen soll. Die Unternehmer erklärten wiederum entschieden, daß sie die 57stündige Arbeitszeit nicht zugestehen könnten, weil die Situation in der bayerischen Metallindustrie nicht dazu angehen sei; wenn die Verhältnisse sich günstiger gestalten sollten, stehe man einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Bezüglich der Lohnfrage wurde erklärt, daß die Unternehmer eine prozentuale Erhöhung der Löhne nicht bewilligen können, weil dies auch eine Ungerechtigkeit gegenüber den geringeren entlohnten Arbeitern sei. Alle Arbeiter, die bis zu 33 Pf. Stundenlohn haben, sollen eine Zulage von 1 Pf. bekommen, während diejenigen mit einem höheren Stundenlohn mit einer Zulage von 1 bis 2 Pf. bedacht werden sollen, aber nicht durchgängig, sondern nur je nach Lage der Sache. Bei Rassei in München, wo nur die Lohnfrage in Betracht kommt, da dort die 57stündige Arbeitszeit schon besteht, wird zugesichert, daß die niedrigen Löhne bis zu 3 Pf., die höheren Löhne um 1 Pf. aufgebessert werden, aber auch hier soll die Aufbesserung nicht durchgängig eintreten. Bezüglich der Affordfrage wurde von der Direktion der Maschinenbau-Aktiengesellschaft erklärt, sie werde ihre Meister anweisen, daß die einen Arbeiter nicht fortgesetzt gute und die anderen schlechte Afforde erhalten. Wenn bei einem Afford ein hoher Verdienst erzielt wird,

so soll nicht eine Reduzierung der Affordpreise erfolgen, diese soll erst angängig sein, wenn technische Veränderungen (Vereinfachung der Arbeitsmethoden) eintreten. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Wo solche bereits erfolgt sind, will der Industriellenverband auf deren Zurücknahme dringen. Außerdem wurde zugesichert, daß, wenn in einem anderen Betriebe, wo noch eine höhere als die 57stündige Arbeitszeit herrscht, wegen Herabsetzung derselben eine Bewegung in Fluß kommt, der Industriellenverband die betreffende Firma nicht unterstützen wird. Verbandssekretär Reichel empfahl die Annahme dieser Zugeständnisse im Interesse der übrigen von der Aussperrung bedrohten Arbeiter, sein Antrag wurde aber nach lebhafter Diskussion gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Das offiziöse „Volksliche Bureau“ gibt sich zur Verbreitung der blödsinnigen Mitteilung her, daß in Nürnberger Arbeiterversammlungen ausgesprochen sei, es handle sich darum, zu wissen, wer Herr im Hause sei, und daß erklärt wurde, man habe zunächst in Bayern mit der Agitation begonnen, weil dort der Boden am besten vorbereitet sei. Wenn von „Herr im Hause sein“ gesprochen wurde, so kann es sich natürlich nur darum gehandelt haben, die Unternehmer-„Idee des Fabrikabsolutismus zurückzuweisen und zu erklären, daß über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkauft, natürlich auch mitzureden habe.

Ueber die Ausdehnung der Aussperrung meldet uns eine Privatdepesche:

Augsburg, 21. Juni. Auch hier tritt heute die Aussperrung der Metallarbeiter in Kraft und zwar nicht nur der organisierten, sondern aller Arbeiter, da der Betrieb in den Fabriken vollständig eingestellt wird. Betroffen werden in Augsburg etwa 400—500 Arbeiter. Die Gesamtzahl der hier, in München und in Nürnberg ausgesperrten Arbeiter beträgt rund 25 000.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Metallarbeiter-Aussperrung.

Nürnberg, 21. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Am Mittwochabend ist hier selbst in 35 Betrieben die Aussperrung der Metallarbeiter erfolgt.

Waffenstillstand?

Washington, 21. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) In amtlichen Kreisen verlautet, daß jetzt Unterhandlungen hinsichtlich des Abschlusses eines Waffenstillstandes in der Wandschüre im Gange sind.

Der österreichisch-ungarische Konflikt.

Wien, 21. Juni. (B. L. V.) Das Herrenhaus nahm in mehrstündiger Debatte den Zolltarif sowie das Zolltarif-Gesetz an. Sämtliche Redner sprachen die Hoffnung aus, daß es immer noch gelingen werde, die wirtschaftliche Einheit mit Ungarn aufrechtzuerhalten. Andernfalls aber werde die Regierung rechtzeitig für die Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zu den ausländischen Staaten unter Wahrung der Interessen der diesseitigen Reichshälfte vorzugehen.

Handelsminister Freiherr v. Call erklärt: Es sei bedauerlich, daß seitens der anderen Reichshälfte jetzt eine Entscheidung darüber, ob diese Vorlage Gesetz werden soll, nicht erfolgt sei.

Eine so grundsätzliche Veränderung, wie es die Lösung dieser Gemeinschaft und die Störung der die beiden Staatsgebiete betreffenden zahllosen wirtschaftlichen Bedingungen wären, hoffe die Regierung zu vermeiden. Das Haus möge aber überzeugt sein, daß die Regierung den geeigneten Zeitpunkt wahrnehmen würde, um nach der Lage der Umstände alle für den Schutz der österreichischen wirtschaftlichen Interessen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Auch die Magnaten rebellieren.

Budapest, 21. Juni. (B. L. V.) Im Magnatenhause stellte sich heute Abend das neue Kabinett vor. Das Haus beschloß mit großer Majorität, der unparlamentarischen verfassungswidrigen Regierung das Mißtrauen zu votieren.

Englische Heeresvermehrung in Indien.

London, 21. Juni. (B. L. V.) Unterhaus. Bei der Beratung des indischen Budgets erklärte der Staatssekretär für Indien Prodril, die Einkünfte der indischen Regierungen seien im letzten Rechnungsjahr größer als je zuvor gewesen, die militärischen Ausgaben für das gegenwärtige Rechnungsjahr wiesen eine Steigerung um 2 440 000 Pfund Sterling auf. Der von Feldmarschall Kitchener vorgeschlagene Reformplan sehe neun Divisionen im Felde im Frieden und Kriege vor und das bedeute eine Vermehrung der Feldarmee von 80 000 auf 140 000 Mann. Der Plan treffe auch Vorsehung für Ausrüstungen und Transportmittel zu Mobilisierungszwecken, für die Rekrutierung der Artillerie und neue Verteilung der Truppen, durch die sie der Nordwestgrenze näher gebracht werden. Der Minister besprach die Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Heeresverwaltung in Indien ergeben hätten und teilte mit, die Regierung habe beschlossen, zwei Abteilungen zu errichten, nämlich eine Heeresabteilung unter Kitchener und eine Heeresverorgungs-Abteilung unter dem militärischen Mitgliede des disziplinären Rates. Lord Kitchener werde dem Vizekönig verantwortlich sein für die Disziplin und die Truppenverteilung, die Heeresverorgungs-Abteilung auf die Beschaffung der Vorräte und des Geschützparkes und die Aufsicht über die Fabrikationszweige für das Heer beschränkt bleiben solle.

Rekelien im Kaukasus.

Stawropol (Kaukasus), 21. Juni. (B. L. V.) In einer Kirche kam es hier zu einem Streit zwischen Altgläubigen und Rechtgläubigen. Die Rechtgläubigen sammelten sich in der Straße in so großen Massen an, daß das Militär herbeigerufen wurde, das einige Salven abgab. Ein Person wurden getötet und ungefähr 40, darunter Frauen und Kinder, verwundet. Die Verwundeten blieben mehrere Stunden ohne Hilfe auf der Straße liegen, weil den herbeigeholten Ärzten gedroht wurde, es würde auf sie geschossen werden, wenn sie den Verwundeten Hilfe leisteten.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 21. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine amtliche Depesche meldet: Eine unserer Abteilungen in Nordorea hat Kiangong am 20. Juni vollständig besetzt. Einige Tausend Russen mit Artillerie zogen sich gegen das groß Weilen nördlich liegende Sinsong zurück.

Arbeiter! Gedenkt der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiter!

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Dresden-N., Dienstag, 20. Juni.

Zunächst erstattet die Mandatsprüfungskommission durch Klapproth-Hannover Bericht über die von Frankfurt a. M. und Leipzig eingelaufenen beiden Wahlprotokolle.

Rum wird die gestern abgebrochene Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt. Steinbrück-Dresden erklärt sich gegen die Erweiterung der Nachbefugnisse der Gauvorsände, welche zur Disziplinlosigkeit führt.

Faber-Berlin hält dieselbe im Interesse der gesunden Fortentwicklung des Verbandeslebens angeht die gewaltigen Vergrößerung der Mitgliederzahl speziell für Berlin dringend geboten. Die von Anie erwähnte Unkollektivität der Berliner gegen zureisende Kollegen beschränkt sich darauf, daß sie den Gauzuschuß zur Arbeitslosenunterstützung nur dann erhalten, wenn sie in Berlin mindestens einen Wochenbeitrag entrichtet, also bereits gearbeitet haben.

In der weiteren Diskussion sprechen sich die Berliner meist in demselben Sinne aus, während die Vertreter der Provinz meist gegen eine Erweiterung der Nachbefugnisse der Gauvorsände auftreten.

In der Nachmittags-Sitzung hält es zunächst Döblin für richtig, daß die Generalversammlung klipp und klar ihre Meinung zu der Berliner Angelegenheit ausspricht und damit für die Zukunft eine Richtschnur gibt. Laut das die Generalversammlung nicht, so kann der Vorstand keine Garantie dafür übernehmen, daß der bisherige Weg eingehalten bleibt.

Weder-Dortmund hält dafür, daß eine Erklärung des Vorliegenden genügt, er wolle keineswegs in besonderen Ausnahmefällen die Initiative einzelner Geschäftsperonele oder Verbandsfunktionäre zur Abwehr unterbinden, wie er dies auch in der Vergangenheit nicht getan habe. Nachdem der Vorsitzende diese Erklärung abgab, wurden einzelne diesbezügliche Anträge auf größere Unabhängigkeit des Vorstandes zurückgezogen.

Hildenbrand-Stuttgart bringt folgende Resolution ein: Die Generalversammlung akzeptiert die Erklärung des Zentralvorstandes, den Gauvorsänden so wie seither bei unvorhergesehenen Ereignissen die Entscheidung zu überlassen unter Wahrung einer einheitlichen, die Interessen der Gesamtkollegenchaft Deutschlands berücksichtigenden Aktion. Sie beschließt, unter Anerkennung der seitherigen Haltung des Verbandesvorstandes über die Anträge betreffend die Erweiterung der Rechte der Gauvorsände zur Tagesordnung überzugehen.

Diese Resolution wird nach kurzer Aussprache mit allen gegen 33 Stimmen angenommen.

Damit ist die Rednerliste erledigt. Rassin-Berlin erklärt ausdrücklich in persönlicher Bemerkung, daß ihm dadurch die Gelegenheit genommen worden ist, die verschiedenen in der Debatte gegen die Berliner erhobenen Vorwürfe zu widerlegen, speziell aber die Verdächtigungen Ruffials gegenüber dem Berliner Gauvorstande in entsprechender Weise zurückzuweisen.

Es folgen eine Reihe anderer persönlicher Bemerkungen. Der Vorsitzende Döblin hofft, daß durch die gepflogene Aussprache und die angenommenen Resolutionen nunmehr wieder stabile Verhältnisse eintreten werden und der Weg freigegeben ist zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage

Läuft der Antrag auf geheime Beratung ein, der von dem Vorsitzenden mit dem Hinweis darauf beläuft wird, daß der Verband im Gegenteil das größte Interesse daran habe, diesen Punkt in der breitesten Öffentlichkeit zu verhandeln, damit ersichtlich sei, daß wir dabei nichts zu verheimlichen haben. Der Antrag wird dem auch einstimmig abgelehnt. Zu diesem Punkte hält der Sekretär des Tarifamts, Paul Schliebs-Berlin, das Referat. Eine große Zahl von Anträgen liegen dazu vor, die zumeist eine längere Dauer des Tarifs (drei Jahre), sowie Verkürzung der Arbeitszeit und Abschluß des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation fordern. Auch wünscht man Abschaffung der Heimarbeit, des Kost- und Logiszwanges, Berücksichtigung der einzelnen Sparten, wie Korrektoren, Stereotypisten etc., im Tarife und anderes mehr. Der Referent geht nach kurzem Rundblick auf die gegenwärtige Situation sofort auf die vorliegenden Anträge ein und bespricht zunächst in neugierendem Sinne folgenden von Berlin gestellten Antrag:

Die Delegierten der 5. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker halten eine Kündigung des zurzeit bestehenden Tarifs zum bevorstehenden Kündigungs termin für notwendig. Einem neuen Tarifvertrage ist nur dann zuzustimmen, wenn derselbe folgende Bestimmungen enthält:

- 1. Dauer des Tarifvertrages nicht über drei Jahre.
2. Erhöhung der Grundpositionen um wenigstens 7 1/2 Proz.; Verkürzung der Arbeitszeit um wenigstens 1/2 Stunde; Fortfall des Stofftarifs.
3. Abänderung der Tarifarbeitsnachweise insofern, daß dieselben von Prinzipalen und Gehälfen bei Arbeitsvermittlung ausschließlich zu benutzen sind.

Die Delegierten halten vordringende Forderungen für durchaus notwendig im Interesse der Gesundheit des Gewerbes und er suchen die Gehälfenvertreter, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

Redner geht in ausführlicher Weise auf die Berliner Verhältnisse ein und bespricht dabei Vorgänge rein lokalen Charakters, Maßnahmen des Gauvorstandes und vergleicht. Einen von Hamburg und Berlin vorliegenden Antrag empfiehlt Referent in folgender Form: Der Ende 1905 ablaufende deutsche Buchdrucker tarif ist bei seiner Erneuerung mit dem Verbands der deutschen Buchdrucker abzuschließen.

Die ursprüngliche Fassung lautet: Der Ende 1905 ablaufende deutsche Buchdrucker tarif ist bei seiner Erneuerung nur zwischen dem Deutschen Buchdruckervereine (der Prinzipalorganisation. Der Berichterstatter) und dem Verbands der deutschen Buchdrucker abzuschließen.

Referent bespricht sodann die weiter hierzu gestellten Anträge und hofft, daß es zu einer Verlängerung des Tarifvertrags-Verhältnisses kommen werde; der oben mitgeteilte Berliner Antrag muß für diesen Fall als Abänderungsantrag anders formuliert werden, da sonst die Möglichkeit der Herbeiführung einer tariflosen Zeit gegeben werde, welche die Berliner selbst nicht wünschen. (Bravo!)

Döblin konstatiert, daß es sich zunächst um die Frage handelt, ob Kündigung des Tarifs einzutreten habe oder lediglich Abänderungs-Vorschläge gemacht werden sollen. Ferner sollen die generellen Forderungen, wie Arbeitsnachweisefrage, Tarifabschluß von Organisation zu Organisation etc. zur Besprechung gelangen. Dagegen hält er ein Eingehen auf die einzelnen Tarifpositionen nicht für zweckmäßig.

Anie-Stuttgart hält es für unbedingt notwendig, daß man niemals die Haltung der Prinzipale gegenüber der Tariffrage in ihren Zusammenhängen aus dem Auge verliere. Man dürfe nicht vergessen, daß eine große Zahl von Prinzipalen der Tarifgemeinschaft nur gezwungen beigetreten sind. Bei einer Tarifkündigung wäre die Gehältsposition weit schwieriger, als bei Stellung von Abänderungsanträgen. Wenn die Tarifverhandlungen eine genügende Lohn-erhöhung nicht bringen könnten, ist auch er für eine längere Tarif-dauer.

Engel-Berlin meint, daß der Verbandsvorstand in erster Linie für den Verband zu agitieren habe und erst in zweiter Linie für den Tarif. Bei Ausbruch von Differenzen sind gegenwärtig die Gehälts in einer schlechteren Position als die Prinzipale.

Heismann-Mensburg spricht zu den drei aufgestellten Positionen des Berliner Antrages sowie zu der Frage des Tarifabschlusses von Organisation zu Organisation. Wir können wohl solchen Antrag stellen und mit Macht auf seine Durchführung hinarbeiten, werden aber mit den gegebenen Verhältnissen rechnen müssen.

Nach Verlesung weiter eingelaufener Begrüßungstelegramme wird die Sitzung geschlossen.

Weismidt-Rürnberg legt Wert darauf, daß er in der ersten Sitzung bezüglich der politischen Tätigkeit von Kollegen lediglich die Agitation derselben in arbeiterfeindlichen Blättern und Parteien gemeint habe. Die Schlussfolgerungen Bouly's-Berlin am Ende der ersten Sitzung beziehen sich nicht auf die Amtsniederlegung des Gehälts-Vorsitzenden, sondern eines Beisitzers. Hildenbrand-Stuttgart versucht uns, zu bemerken, daß er mit dem Ausdruck in seiner zum ersten Punkt der Tagesordnung gestellten Resolution in heutiger Bericht: zur Tagesordnung überzugehen den Berliner Kollegen keine Kränkung zufügen wollte. Der Ausdruck ist auf die Eile zurückzuführen, in welcher die Resolution niedergeschrieben wurde, und solle sinngemäß lediglich bedeuten, daß mit der Vorstands-Erklärung der Berliner Antrag als erledigt zu betrachten sei.

Zweiter ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Stuttgart, 20. Juni 1905.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Verbandssekretär Heinrich Kaufmann-Hamburg erstattet den Bericht über die Entwicklung des Verbandes in Anlehnung an den gedruckten Bericht. Die Entwicklung ist eine sehr gute, die einzelnen Verbände sind stetig gewachsen, die Mitgliederzahl hat sich von 575 449 im Jahre 1903 auf 649 588 im Jahre 1904, der Umsatz von 178 458 549 M. auf 202 646 180 M., der Reingewinn von 14 760 118 M. auf 18 767 778 M. erhöht. Die Zahl der Verbände, die zu Anfang des Jahres 1904 780 betrug, ist mittlerweile auf 800 gestiegen. Da, von einigen Ausnahmen abgesehen, alle Mitglieder Familienvorstände sind, so repräsentiert der Zentralverband eine Bevölkerungszahl von 3 1/4 Millionen, also mehr als der zwanzigste Teil der Bevölkerung Deutschlands überhaupt. Beim Warenbezug hat sich bereits eine sehr enge Verbindung zwischen den Konsumgenossenschaften in den Städten und den landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften angebahnt. Der direkte Bezug ländlicher Produkte hat sich sehr bewährt und das Verhältnis der beiden Genossenschaftsbarten soll weiter gefördert werden. Gegenwärtig sind schon für über zehn Millionen Mark landwirtschaftlicher Produkte von den einzelnen Konsumgenossenschaften und der Großverkaufsgesellschaft bezogen worden.

Reichstagsabgeordneter v. Elm-Hamburg spricht hierauf über:

„Die Errichtung einer Unterstüßungskasse“

für die in den Genossenschaften und Vereinigungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beschäftigten Angestellten und Arbeiter an der Hand eines von einer Kommission entworfenen Statutenentwurfs. Bei der schwachen Leistungsfähigkeit vieler Vereine müsse zwischen Beitragshöhe und Leistungen ein gewisses Mitte-Verhältnis eingehalten werden. Man habe von der Auszahlung eines Sterbegeldes abgesehen, dafür eine Invaliden- und Altersunterstützung vorgeschlagen. Die Invaliden- und Altersunterstützung solle nach fünfjähriger Mitgliedschaft 20 Proz. des Durchschnittseinkommens, für welches Beiträge bezahlt werden, betragen, dann soll der Prozentsatz jährlich um 2 Proz. steigen so daß nach 10jähriger Mitgliedschaft 30 Proz. des Durchschnittseinkommens erreicht werden. Dann soll der Prozentsatz jährlich um 1 Proz. steigen, so daß nach 40jähriger Mitgliedschaft der Höchstfuß von 60 Proz. des Einkommens erreicht wird. Invalidengeld soll nur dann gewährt werden, wenn die Arbeitsfähigkeit um mindestens 50 Proz. herabgemindert ist. Das Altersgeld soll nur gezahlt werden bei mindestens 20jähriger Mitgliedschaft und einem Alter von mindestens 65 Jahren oder nach 40jähriger Mitgliedschaft. Außerdem soll Witwen- und Waisenunterstützung gezahlt werden; sie soll im Höchstbetrage aber nur 1/3 dessen betragen, was der verstorbene Ehemann zu erhalten gehabt hätte. Der Beitritt zur Kasse soll obligatorisch für alle Angestellten und Arbeiter sein.

Die Kommission glaubt, daß ein Beitrag von 6 Proz. des Gehalts, je zur Hälfte von Angestellten und den Vereinen aufgebracht, genügen wird, für Kasse ist die Erhöhung um 10 Proz. vorgeschlagen. Der Rechtsanspruch soll ausgeschlossen sein, dafür muß bei allen Klassenmitgliedern die Ueberzeugung geweckt werden, daß sie unter allen Umständen auf die im Status verprochenen Leistungen rechnen können. Deshalb sollen auch die Vereine als solche die Hälfte der Beiträge in die Kasse zahlen. In der Verwaltung sollen die Vereine und Angestellten paritätisch vertreten sein. Die Angestellten werden in der Mehrheit sein, da ja die Vertreter der Vereine zum Teil auch aus Angestellten bestehen werden. Das genossenschaftliche Gefühl wie das der Arbeitsfreudigkeit wird bei den Angestellten der Genossenschaften durch die Errichtung der Unterstüßungskasse erhöht werden. Es gilt für die Genossenschaften die Erfüllung einer moralischen Pflicht. Die Einrichtung liegt im Selbstinteresse der Vereine. Die jetzt notwendige Rücksichtnahme auf die alten Kräfte schädigt die Genossenschaften. Die Belastung würde 1/2 bis 1/3 Proz. des Umsatzes betragen. Die vielen Vereine, die hohe Dividenden zahlen, können eine solche Belastung leicht tragen. Es wäre direkt ein Vorteil, wenn dadurch die Dividenden-jagd eine kleine Einschränkung erführe. (Lebhafte sehr richtig!) Auch den Einwand, daß es aus allgemeinen Gründen falsch ist, einen Teil der Arbeiter besser zu stellen als andere, weil bei diesen das Interesse an einer Besserung der bestehenden Verhältnisse gestärkt werde, halte ich bei dieser Frage nicht für stichhaltig, obgleich ihm nicht unter allen Umständen jede Berechtigung abgesprochen werden soll. Es müßte ja sonst auch die gesamte Gewerkschaftsbewegung verurteilt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wie sollten die Arbeiter überhaupt zu einer Erhöhung ihrer Lebens-

haltung kommen, wenn nicht durch das Beispiel einzelner der Anreiz auch für die anderen gegeben würde? Wir Genossenschaftler haben die Aufgabe, der Welt, in der heute der Egoismus noch die größte Rolle spielt, zu zeigen, was durch Solidarität und durch Zusammenschluß der Kräfte möglich ist. Die Aufgabe ist schwierig, sie wird aber gelöst werden, wenn wir uns als Genossenschaftler geloben, die hohe soziale Aufgabe einmütig und mit allen Kräften zur Durchführung zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Von dem Vertreter der Gewerkschaft der Lagerhalter wird in der Diskussion bedauert, daß bei der Ausarbeitung des Entwurfs die Gewerkschaft nicht genügend gehört worden ist, auch sonst bemängelt der Redner einzelne Bestimmungen des Statutenentwurfs.

Strauß-Schilling hält die Frage der Gründung einer Unterstüßungskasse noch nicht für spruchreif. Die Beiträge für die Vereine seien zu hoch, namentlich für die Vereine, die mit oft wechselndem weiblichen Personal arbeiten. Man soll die Entscheidung bis zum nächsten Jahre vertagen.

Weber-Hamburg (Gesellschaft für Verteilung von Lebensmittel) erklärt, daß er beauftragt sei, dem vorgeschlagenen Entwurf vorbehaltlos zuzustimmen. Die Generalversammlung werde jedenfalls der Kasse beizutreten beschließen.

Gensel-Dresden erklärt sich im Prinzip für die Gründung einer Unterstüßungskasse, hält es aber für verfrüht, sie schon heute zu gründen. Die Mitglieder der einzelnen Vereine seien nur zum geringen Teile für die Idee zu haben. Er bitte ebenfalls um Vertagung bis zum nächsten Jahre.

Jährich-Augsburg tritt dem Vertagungsgebanten entgegen und bittet, heute den Beitritt zur Unterstüßungskasse zu vollziehen. In den Generalversammlungen sollten sich die den Gewerkschaften angehörenden Mitglieder als Gewerkschaftler zeigen und für den Fortschritt eintreten.

Verbandssekretär Kaufmann tritt dem Einwand entgegen, daß die Gründung der Kasse verfrüht sei. Die Vorarbeiten spielten zwei volle Jahre und alles sei wohl erwogen.

Eine Anzahl Redner tritt für die Annahme des Entwurfs und Gründung der Kasse ein.

Feus-Deßau erklärt, daß der Deßauer Verein, der auf dem köstner Genossenschaftskongreß ganz unberechtigtweise für minderwertig erklärt worden sei, den sofortigen Beitritt vollziehen werde. Die Beiträge stellen eine Gehaltsforderung dar, die leicht zu tragen sei. Freilich werde man Gehaltsforderungen mit dem Hinweis auf die Beiträge vielleicht weniger wohlwollend behandeln. Der heutige Zustand bedeute eine Verbozung der ersten Kräfte. In der Arbeiterbewegung sei es auch so gewesen. Für die Frauen berühmter Männer sei gefordert worden, aber für die Frauen geringerer, aber in der Bewegung ebenso opferbereiter Männer weniger. Werde die Kasse gegründet, so sei für alle Angestellten in gerechter Weise gefordert. Vor allem müßte die Entscheidung über solche Fragen den Generalversammlungen entzogen werden. Von Verwirrungen der Demokratie konnte nicht die Rede sein, da ja zu den Generalversammlungen nicht alle Mitglieder erscheinen könnten.

Ein Antrag, die Debatte zu schließen, wird angenommen.

In seinem Schlusswort hebt v. Elm hervor, daß heute nur die Grundzüge der Statuten beschlossen werden sollen. Eine Dinausscheidung würde den ganzen Plan zum Scheitern bringen. Er warne daher, die Generalversammlungen mit den Einzelheiten des Entwurfs zu befaßen, aber ganz ausgeschaltet dürfen die Generalversammlungen nicht werden. Sollte etwas geschaffen werden, dann gelte es heute zu handeln. Das Wort Unterstüßungskasse bitte er nicht zu ändern. Die Verwendung des Ausdrucks Versicherung bietet vielleicht Anlaß zur Einmischung der Behörden. Alle Gewerkschaften hätten Unterstüßungskassen und niemand stoße sich an diesem Ausdruck. Ähnliche Ausstellungen sollten vermieden und die Vorlage möglichst einstimmig angenommen werden.

Hierauf tritt, unter Ablehnung eines Antrags, auch die weiblichen Angestellten vom 21. Lebensjahre an verpflichtend zu machen, der Statuten-Entwurf en bloc mit sehr großer Majorität angenommen. Außerdem wird der Antrag des Vorstandes angenommen, wonach die Vertreter der Gewerkschaften von Angestellten und Arbeitern das Recht haben sollen, zu allen Sitzungen des provisorischen Verwaltungsrats auf eigene Kosten einen Vertreter mit sich und Stimme zu entsenden.

Der Vorsitzende teilt mit, daß auf dem Kongreß 190 Konsumvereine mit 428 Vertretern, die Großverkaufsgesellschaft mit 5 Vertretern und die 7 Reichsverbände mit 7 Vertretern vertreten seien. Hierauf werden die weiteren Verhandlungen des Kongresses auf Mittwoch früh vertagt.

Aus Industrie und Handel.

„Selbst werden wir zwar nicht essen, aber wir werden exportieren.“ Durch diesen Ausspruch, der, wie Georg Vernhard in einer demnächst erscheinenden Broschüre „Armes reiches Ausland“ erzählt, dem ehemaligen russischen Minister Wschynegradski zugeschrieben wird, gewinnt man klarer als Bände gelehrter Ausführungen es vermögen, einen Einblick in die berückelgte Wirtschaftspolitik Rußlands. Man nimmt dem russischen Bauern das letzte Korn, man zwingt ihn zur Getreideausfuhr, um die Goldverpflichtungen ans Ausland tragen zu können, die aus der Vertreibung einer verbrecherischen Macht- und Blutpolitik entstanden sind. Während jetzt in großen Distrikten Menschenmassen verhungern, werden zu gleicher Zeit Getreide-Ansammlungen in Rußland gemeldet. Im Laufe des April und in der ersten Hälfte des Mai sind von dem Getreide, das auf russischen Stationen sich angeammelt hatte, rund 100 000 Waggons zur Beförderung gelangt; an Getreide lagern jetzt noch 70 000 Waggons auf den Stationen, welche noch im Laufe des Sommers zur Abfertigung gelangen sollen.

Nicht in die Hungerbezirke soll das Getreide gehen, ins Ausland wird's gebracht, um den massenmordenden Jarrismus kreditfähig zu erhalten.

Saatensand in Preußen um die Mitte des Monats Juni (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering).

Table with 3 columns: Crop type, June 1905, May 1905. Rows include Winterweizen, Sommerweizen, Winterroggen, Sommerroggen, Sommergerste, Hafer, Kartoffeln, Alee, Lupinen, Bewässerungswiesen, and Andere Wiesen.

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es: Ungewöhnlich schnell und starke Temperaturschwankungen wirkten in Verbindung mit der Trockenheit ungünstig auf das Wachstum der Saaten und Futterpflanzen. Die Winterhalfrühe entsprechen zwar nicht überall den im April nach der günstigen Durchwinterung auf sie gesetzten Hoffnungen, größtenteils kann ihr Stand aber doch zufriedenstellend genannt werden. Obgleich nicht selten

Aber Schwäche Bestodung, kurzes Stroh, Frost in der Blüte, keine Wehren, Lagern des Winter wie des Sommerfrucht berichtet wird, scheint dies noch kein Grund zur Besorgnis zu sein, da im ganzen alle Berichtsergebnisse usw. mit alleiniger Ausnahme des Mees, eine bessere als Mittelernote aufweisen. Ueber Kartoffeln, welche zum größten Teile erst spät in die Erde gekommen sind, läßt sich ein bestimmtes Urteil noch nicht abgeben. Infolge der vorjährigen Dürre hat der Acker einen unbedeutenden Stand gehalten; es ist dünn geblieben, während die Äußerer sich etwas gebessert hat.

Flußschiffahrt Berlin-Hamburg. Eine Vereinigung zweier Konkurrenzgesellschaften — der Berliner Krahn-Gesellschaft und der Neuen Berliner Schnell-Dampfer-Gesellschaft — erfolgt nach der R. Hamb. Vörsenb. am 1. Juli. Die Gesellschaft der beiden Gesellschaften werden von der neu gegründeten Berliner Lloyd Aktien-Gesellschaft übernommen. Diese Gesellschaft wird neben Schlepper-Verbindungen einen täglichen Eil-Dampfer-Verkehr zwischen Berlin und Hamburg einrichten. Die Leitung der neuen Gesellschaft ist in die Hände der bisherigen Leitung der Neuen Berliner Schnell-Dampfer-Gesellschaft gelegt worden. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft ist vorläufig mit 1 Million Mark in Aussicht genommen.

Eine Preiserhöhung für Leder um 5 M. für 50 Kilogramm Beschloß die freie Vereinigung von Lederfabrikanten Mitteldeutschlands in einer in Prag abgehaltene Versammlung. Zur Förderung der Kartellbestrebungen sollen Fachgruppen gebildet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 10. Juni seine Generalversammlung ab. Dieselbe war außerordentlich zahlreich besucht und zeigte sehr reges Interesse der Mitglieder an der Entwicklung des Vereins. Die Vorsitzende gab einen Rückblick über die Veranlassungen des vergangenen Halbjahres. Das Interesse der Arbeiterinnen am Verein wird ein immer lebhafteres, die Mitgliederzahl ist auf 400 gestiegen. Immer größer wird die Zahl der Frauen, die ihre Bildung vertiefen wollen und Klarheit über die Probleme unserer Zeit erstreben. Je bewußter und denkender die Frauen werden, desto mehr wird es uns auch gelingen, sie für die öffentlichen Angelegenheiten zu interessieren. In der Diskussion wurde angeregt, Vorträge halten zu lassen, welche die Arbeiterinnen über die Krankenkassen- und Kranken-Versicherungsangelegenheiten sowie über das Vereinsgesetz aufklären sollen. Verschiedene Anschauungen machten sich über die rein medizinischen Vorträge geltend. Man entschied sich dafür, derartige Vorträge weniger im Verein halten zu lassen, die Mitglieder aber auf die Veranstaltungen der Zentralkommission der Krankenkassen aufmerksam zu machen.

Zum öfteren Besuch der Museen wurden die Mitglieder aufgefordert und der Plan ins Auge gefaßt, gemeinsam unter sachverständiger Führung dieselben zu besuchen.

Um die Mitglieder untereinander persönlich näher zu bringen, wurde der Vorschlag gemacht, ab und zu statt eines Vortrags nur

zur gegenseitigen Aussprache zusammen zu kommen. Mit lebhaftem Beifall wurde dieser Vorschlag angenommen.

Nachdem die Kassiererin ihren Bericht gegeben hatte, wurde ihr Decharge erteilt. Die Bibliothekarin gab einen Bericht über die Finanzverwaltung unserer Bibliothek. Am meisten ist Webers „Frau“ gelesen worden, wenig Bewegung ist für Lyrik vorhanden.

Der letzte Punkt bildete die Beratung über unsere Sommerausflüge. Es wurde beschlossen: Am 9. Juli nach dem Botanischen Garten in Dahlem mit Führung zu gehen. Treffpunkt $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Steglitz, Ecke Brunenwald- und Schloßstraße. Die Mitglieder, welche sich an diesem interessanten Unternehmen beteiligen wollen, müssen sich bis 1. Juli bei Frau Klotz, Köpenicker Str. 81, schriftlich dazu angemeldet haben mit genauer Angabe der Personenzahl, die sie mitbringen. Kinder nur über zehn Jahren gestattet. Am 24. Juli ein Familienausflug nach Treptow im Lokal von Joel. Am 6. August eine Wanderpartie vom Bahnhof Wannsee über Pfaueninsel, Sacrow etc. Treffpunkt: Bahnhofsanlagen Wannsee. Abmarsch $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Kaiser werde modern! 56 Seiten. Verlag Hagedorn u. Metzger, Berlin W. 35.

Die amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes erscheinen unter diesem Titel als selbständige Zeitschrift monatlich im Verlage von H. W. Meyer u. Co. in Berlin. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Jährlich 8 M. Einzelnummer 70 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 22. Juni.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Neues Operntheater. Jung-Heidelberg.
Berliner. III.
Deutsches. Der Hielgebrüde.
Anfang 8 Uhr:
Westen. Die Hebeschne.
Neues. Der Familienstag.
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der polnische Jude.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rädler-Theater). Hofgünst.
Central. III-Heidelberg.
Kleines. Angela. Abschied vom Regiment.
Parktheater. Kyrilz-Pyritz.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Weste-Milano. Madame Th-Top.
Reichshallen. Stettiner Sänger. — Spezialitäten.
Apollo. Am Hochzeitabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Passage-Theater. Angelika Walter.
Neue Paul. — Spezialitäten. — (Anfang 5 Uhr.)
Wintergarten. Harry Müller. — Spezialitäten.

Urania, Taubenstr. 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Invalldenstr. 57/62.
Sternwarte
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Kronprina Wilhelm
Kronprinzessin Cecilie.
Neu! Roschdjestwensky,
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16-jährige
armlose Fuilkünstlerin.

Neues Theater.
Ensemble-Gesellschaft d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Freitag: Naachtasy.
Sonnabend: Die Neuvermählten.
Abschiedsoper.
Sonntag: Des Pastors Nicks.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).
Heute:
Jung-Heidelberg.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Apollo-Theater.
Täglich 10—10 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch Lachen über die amerik. Burlesk-Compagnie mit ihrem Akt:
Ein Abend in einem amerik. Cingel-Cangel.
Am Hochzeitsabend von Paul Linde u. das glänzende Juni-Programm.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 228. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Wahre Liebe.
Am Sommergarten: Anerkannt bestes Programm. U. a.: Damen-Abendessen, Schenk-Marvill-Truppe, Eugen Milano. Theater u. Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Amateurführer können zum Rad-Verleihung sich melden. Sonnabend: Erstes großes Sommerachtsfest.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
Neue Spezialitäten.
Volkshelustigungen.
Zum Schluß:
Der Ballett-Düfel.
Große Feste mit Gesang in 2 Vorstellungen von G. Buge.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Norwilt-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der polnische Jude.
Voll-Oper von Carl Weiß-Prag.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Martha oder: Der Markt zu Richmond.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Lustspiel in 4 Akten von Thilo u. Truhla.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne
Sonnabend, den 24. Juni, pünktlich 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner ist nötig.
Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung und die Mitgliedskarten spätestens am 23. Juni in ihrer Zahlstelle abgegeben haben. Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist, auch müssen Beitragsgeld bis zu diesem Termin reguliert sein.
Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken. Die alten Mitgliedskarten müssen in der bisherigen Zahlstelle abgegeben und dort gegen eine neue Karte eingetauscht werden. Der Termin der Kartenausgabe wird noch im „Vorwärts“ bekannt gemacht.
229/5
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Passage-Theater.
Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.
Jean Paul
Großst-Komiker
und das glänzende Juni-Programm.

Passage-Panopticum.
Der Mensch mit Vogelkopf.
Der Muskelmensch.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

Neue Welt Arnold Scholz
Donnerstag, den 22. Juni 1905: Elite-Tag!
Militär-Konzert.
Monstre-Feuwerk.
des Gyrotelners A. Bock.
Schlußwort: Huldigungsgruß der Stadt Berlin an das Kronprinzen-Paar.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Alfredo Marschall,
die größte Sensation des XX. Jahrhunderts.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Obergrund
Wald- und Gebirgs-Sommerfrische (eine der prächtigsten), Fluß-, Eisen-, Dampf- und andere Bäder. Man verlange Prospekte. Brief- und Telegramm-Adresse: Koch, Obergrund Bodensbach.

Dampfer für Vereine
80-400 Personen
losend, empfehlen
Alexander
Bernspr. Am VII, 1099
Carl Krause, straße 13.

Auf der Stelle getötet
werden alle Wunden samt Blut durch Reichel's „Verstärktes Wunden-Heil“. Einziges Spezialmittel von unerschütterlicher Wirkung, schützt dauernd gegen jede Wiedereiter. Absolut schmerzlos, kein bitterer Geruch und nicht feuergefährlich. Nur echt und wirksam in Flaschen mit Marke „Tod und Teufel“ a 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 5.-, 10.-. Sprachapparat 50 Pf. Erfolg garantiert. Erhältlich in Drogerien, wo Platze mit Tod und Teufel und bei Otto Reichel, Lieferanten für Armee und Marine, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4. Hier frei Haus; Versand nach auswärts. Telefon: Amt IV 046, 8190, 4569

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation, bequeme Fahrgelegenheit n. all. Stadtstraßen.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste Programm Berlins.
40 erstklassige Nummern.
Glorie Stoff mit seinem kostbaren, seltenen Lieber-Ritzus: Boring, Fiel, Schwim und Dogge. Atlantic Paul-Trio mit ihren unvorstellbaren Original-Tricks. — The Biston, Baritone: Das überfüllte Hotel.
Sy?? Sy??
Die Entführung zweier Damen aus dem Nichts sowie neu die mysteriöse Dämonie.
Original Molly Vorch, Lilly Duran. Original Robert u. Bartram. Original Rannert-Stango und viele Kunstkapazitäten.
Vollbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse Lichtenberg, Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Türmelkünstler. Land- und Wasser-Feuerwerk.
Größt. Spezialitäten-Vorstellung.
Aegidius Diez.

POMPEJI
380
Mitwirkende.
Große Ausstattungs-Pantomime
m. Balletts, Chören, olymp. Spielen etc. Zum Schluss:
Ausbruch des Vesuvus und der Untergang von Pompeji
und darauffolgendes
Grandioses Riesen-Kunstfeuerwerk
Beginn: Konzert 7, Vorstell. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Preise der Plätze: 50 Pf. — 5 M.
Vorverk. Wertheim, Kinstlerdank
● Kurfürstendamm ●
5 Min. v. Stadtbahn Charlottenbg.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rödersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empf. viel. Verzte u. Prof. grat. u. fr. M. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Bekanntmachung.
In der Privatklage
Dr. Martin R o h r e, Geschäftsführer des Verlags der „Allgemeinen Zeitung“ und deren Chefredakteur hier, vertreten durch die Rechtsanwältin Frau Dr. Marg. G a m m e r, gegen
G r u d e r, Martin, verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“ hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Bernhard hier, wegen Verleumdung
schlossen die Parteien in der Hauptverhandlung des Schöffengerichts des 1. Abt. Amtsgerichts München I vom Donnerstag, den 15. Juni 1905, folgenden
Bergleich:
1. Auf Grund der Verweigerung werden die aus der finanziellen Forderung der „Allgemeinen Zeitung“ gegen den Privatkläger und das genannte Blatt abgeleiteten Verbindungen als ungedruckt zurückgenommen; insbesondere gilt dies von jenen Verbindungen, in denen der Wortlaut der Verleumdung gegen die „Allgemeine Zeitung“ erhoben wurde.
2. Der Privatkläger bezahlt die sämtlichen Kosten, einschließlich der notwendigen Ausgaben des Privatklägers.
3. Dieser Vergleich wird auf Kosten des Privatklägers je einmal innerhalb acht Tagen veröffentlicht in folgenden Zeitungen:
1. „Allgemeine Zeitung“,
2. „Münchener Post“,
3. „Münchener Kurier“,
4. „Vorwärts“.
Dieser Vergleich geht als Bevollmächtigter Anwalt des Klägers bekannt.
M ü n c h e n, 19. Juni 1905.
Dr. Max G a m m e l, Rechtsanwalt.
3550Z.

WINTERGARTEN
Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nason, französische Sängerin.
Alexandros, russische Tanz- und Gesangsgruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oteritis, spanisch. Tänzerin.
A. W. Aera, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Watsons, Turner.
Gogdani-Truppe, militärische Exerzition mit Gesang.
Biograph.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ansstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Rosen-Programm. Der 15-jährige Musikföhrer Fred Rollen. Das größte Wunder der Musikwelt, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplans, der berühmte taubstumme Schnellzeichner. Erich v. Doanzer, der amüsante Hunderhund m. neuest. Tricks. Nicin Iona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Paul Schwarz' Sommer-Theater,
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Curleds von Resjel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empf. viel. Verzte u. Prof. grat. u. fr. M. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Bekanntmachung.
In der Privatklage
Dr. Martin R o h r e, Geschäftsführer des Verlags der „Allgemeinen Zeitung“ und deren Chefredakteur hier, vertreten durch die Rechtsanwältin Frau Dr. Marg. G a m m e r, gegen
G r u d e r, Martin, verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“ hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Bernhard hier, wegen Verleumdung
schlossen die Parteien in der Hauptverhandlung des Schöffengerichts des 1. Abt. Amtsgerichts München I vom Donnerstag, den 15. Juni 1905, folgenden
Bergleich:
1. Auf Grund der Verweigerung werden die aus der finanziellen Forderung der „Allgemeinen Zeitung“ gegen den Privatkläger und das genannte Blatt abgeleiteten Verbindungen als ungedruckt zurückgenommen; insbesondere gilt dies von jenen Verbindungen, in denen der Wortlaut der Verleumdung gegen die „Allgemeine Zeitung“ erhoben wurde.
2. Der Privatkläger bezahlt die sämtlichen Kosten, einschließlich der notwendigen Ausgaben des Privatklägers.
3. Dieser Vergleich wird auf Kosten des Privatklägers je einmal innerhalb acht Tagen veröffentlicht in folgenden Zeitungen:
1. „Allgemeine Zeitung“,
2. „Münchener Post“,
3. „Münchener Kurier“,
4. „Vorwärts“.
Dieser Vergleich geht als Bevollmächtigter Anwalt des Klägers bekannt.
M ü n c h e n, 19. Juni 1905.
Dr. Max G a m m e l, Rechtsanwalt.
3550Z.

WINTERGARTEN
Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nason, französische Sängerin.
Alexandros, russische Tanz- und Gesangsgruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oteritis, spanisch. Tänzerin.
A. W. Aera, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Watsons, Turner.
Gogdani-Truppe, militärische Exerzition mit Gesang.
Biograph.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ansstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Rosen-Programm. Der 15-jährige Musikföhrer Fred Rollen. Das größte Wunder der Musikwelt, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplans, der berühmte taubstumme Schnellzeichner. Erich v. Doanzer, der amüsante Hunderhund m. neuest. Tricks. Nicin Iona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Paul Schwarz' Sommer-Theater,
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Curleds von Resjel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empf. viel. Verzte u. Prof. grat. u. fr. M. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Bekanntmachung.
In der Privatklage
Dr. Martin R o h r e, Geschäftsführer des Verlags der „Allgemeinen Zeitung“ und deren Chefredakteur hier, vertreten durch die Rechtsanwältin Frau Dr. Marg. G a m m e r, gegen
G r u d e r, Martin, verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“ hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Bernhard hier, wegen Verleumdung
schlossen die Parteien in der Hauptverhandlung des Schöffengerichts des 1. Abt. Amtsgerichts München I vom Donnerstag, den 15. Juni 1905, folgenden
Bergleich:
1. Auf Grund der Verweigerung werden die aus der finanziellen Forderung der „Allgemeinen Zeitung“ gegen den Privatkläger und das genannte Blatt abgeleiteten Verbindungen als ungedruckt zurückgenommen; insbesondere gilt dies von jenen Verbindungen, in denen der Wortlaut der Verleumdung gegen die „Allgemeine Zeitung“ erhoben wurde.
2. Der Privatkläger bezahlt die sämtlichen Kosten, einschließlich der notwendigen Ausgaben des Privatklägers.
3. Dieser Vergleich wird auf Kosten des Privatklägers je einmal innerhalb acht Tagen veröffentlicht in folgenden Zeitungen:
1. „Allgemeine Zeitung“,
2. „Münchener Post“,
3. „Münchener Kurier“,
4. „Vorwärts“.
Dieser Vergleich geht als Bevollmächtigter Anwalt des Klägers bekannt.
M ü n c h e n, 19. Juni 1905.
Dr. Max G a m m e l, Rechtsanwalt.
3550Z.

WINTERGARTEN
Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nason, französische Sängerin.
Alexandros, russische Tanz- und Gesangsgruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oteritis, spanisch. Tänzerin.
A. W. Aera, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Watsons, Turner.
Gogdani-Truppe, militärische Exerzition mit Gesang.
Biograph.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ansstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Rosen-Programm. Der 15-jährige Musikföhrer Fred Rollen. Das größte Wunder der Musikwelt, zum erstenmal in Berlin. Mit Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kaplans, der berühmte taubstumme Schnellzeichner. Erich v. Doanzer, der amüsante Hunderhund m. neuest. Tricks. Nicin Iona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Paul Schwarz' Sommer-Theater,
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Curleds von Resjel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empf. viel. Verzte u. Prof. grat. u. fr. M. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Bekanntmachung.
In der Privatklage
Dr. Martin R o h r e, Geschäftsführer des Verlags der „Allgemeinen Zeitung“ und deren Chefredakteur hier, vertreten durch die Rechtsanwältin Frau Dr. Marg. G a m m e r, gegen
G r u d e r, Martin, verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“ hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Bernhard hier, wegen Verleumdung
schlossen die Parteien in der Hauptverhandlung des Schöffengerichts des 1. Abt. Amtsgerichts München I vom Donnerstag, den 15. Juni 1905, folgenden
Bergleich:
1. Auf Grund der Verweigerung werden die aus der finanziellen Forderung der „Allgemeinen Zeitung“ gegen den Privatkläger und das genannte Blatt abgeleiteten Verbindungen als ungedruckt zurückgenommen; insbesondere gilt dies von jenen Verbindungen, in denen der Wortlaut der Verleumdung gegen die „Allgemeine Zeitung“ erhoben wurde.
2. Der Privatkläger bezahlt die sämtlichen Kosten, einschließlich der notwendigen Ausgaben des Privatklägers.
3. Dieser Vergleich wird auf Kosten des Privatklägers je einmal innerhalb acht Tagen veröffentlicht in folgenden Zeitungen:
1. „Allgemeine Zeitung“,
2. „Münchener Post“,
3. „Münchener Kurier“,
4. „Vorwärts“.
Dieser Vergleich geht als Bevollmächtigter Anwalt des Klägers bekannt.
M ü n c h e n, 19. Juni 1905.
Dr. Max G a m m e l, Rechtsanwalt.
3550Z.

Fasson Schlesinger!

Es ist gar nicht zu glauben, wie ein Geschäft hoch kommen kann, wenn es recht ist. War da vor Jahren Turm-Strasse 85 in Roabit ein Herrenmoderengeschäft, das nicht so klappte. Es wurde verkauft an Hermann Schlesinger. Und was hat er daraus gemacht? Eine wahre Zentrale für reellen Einkauf d. Herren- u. Knabenmoderaden, die weit über Roabit hinaus Ruf und Ansehen geniesst.

„Athriwi“

Zigaretten
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

„Stella“

Zigaretten
garantiert Handarbeit.

Ein Riesenposten

Mocketplüsch

130 Cmt. **4,65 pro Meter**, haltbarster buntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig!
Proben franko.

Teppichhaus

Emil Lefèvre, Berlin S., 158.

Dr. Lell

mohnt jetzt: Rosenthalerstrasse 26 II. Homöopath und Spezial-Ärzt für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden. 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Köln. Berichtshaber **Th. Glocke**. 2. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Verbandsangelegenheiten. Mitgliederbuch legitimiert. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, insbesondere der Vertrauensleute, erwünscht.

Hamburger Rohtabak-Haus.

Sur Zigarettenfabrik fertig zum Bearbeiten empfehlen **Praki** und **Java**, geschnitten per Pfd. 80 Bfg.; **rein Praki**, geschn. per Pfd. 1,00 Bfg.; **Savanna**, geschn. per Pfd. 1,40 Bfg. ff. **Deke**, erste Länge, **Balkblatt**, mit 1 1/2 Pfd. dedend, ganz hell und reinfarbig, per Pfd. 3,40 Bfg. Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Holzbildhauer!

Donnerstag, 22. Juni, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Branchen-Abend.

Tages-Ordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Tariffrage. 3. Der partielle Arbeitsnachweis in der Holzindustrie. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. Die Agitationskommission.

Götz Krafft

Die Geschichte einer Jugend

Preis pro Band 4 Mark — in vier Romanbänden von Edward Stillebauer — Preis apart geb. 5 Mark

Bisher nahezu 100000 Bände verkauft!

Allg. Deutsche Universitäts-Zeitung. Der Roman ist eins von den wenigen und leider immer seltener werdenden Büchern, die unserer Jugend, besonders der studierenden, ein zuverlässiger Führer zu einem edlen, sinnlich starken Menschentum sein können.

Urteile der Presse: eine vielfach interessante Schilderung Berlins zu Anfang der 90er Jahre, ein Buch mit anregenden Abhandlungen und Reden.

Neue Freie Presse. Aus den vielen nur wieder allzutreu gesponnenen Reflexionen spricht viel Verstand, gute Beobachtungsgabe und psychologische Feinheit.

Berliner Lokal-Anzeiger. Sie bietet ein getreues Spiegelbild dessen, was aufmerksame Beobachter der jetzigen akademischen Jugend sehen und erleben. Damit ist immerhin ein verdienstliches literarisches Werk getan, ein kulturhistorisches Dokument von unweifelhaftem Wert gegeben.

Lübeckische Anzeigen. Ein schöpferisch gestaltender Dichter hat in dem Buche das Wort; er versetzt uns in die Fülle eines reichen Weltens und lässt uns jene fremde, warme Anteilnahme an der Welt und allem ihrem Sein gewinnen.

Breslauer Morgen-Zeitung. Die erste Versenkung in einen bedeutenden, wohl den bedeutendsten Gedanken der Zeit macht den Roman wertvoll in das Wortes bestem Sinne.

Deutsche Zeitung. Ein an bunten Bildern und Vorjungen reicher Unterhaltungs-Roman.

Soeben erschien der dritte Band:

Im engen Kreis

Band I: Mit tausend Masten — Band II: Im Strom der Welt

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von Rich. Bong, Berlin W. 57.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Emilie Holzmann

geb. Fischer im Alter von 48 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 23. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Hohen-Schönhausen, Freienwalderstr. 1, aus nach dem Gützkirchhof, Drante-Strasse, statt. 25536 Der trauernde Gatte August Holzmann.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 16. d. Mts. verstarb plötzlich unser Mitglied, der Tischler **Albert Schmidt** Demminstr. 2. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Friedens-Richthofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. 248/7

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wir empfehlen folgende Neuerscheinungen:

„Religion ist Privatsache“ Erläuterungen zu Punkt 6 des Exekutiv-Programms von Fr. Stampfer. Preis 20 Pf.

„Führer durch das Krankenversicherungsgesetz“ Systematische Darstellung des Gesetzes in der Fassung der Novelle vom 23. Mai 1903. Mit ausführlichem Sachregister. Preis 30 Pf.

„Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Ernst Gebert. Preis 20 Pf. 234/18

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. 50 Pf. u. 1,00. — Ebenso Schwaben, Rissen, Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1,00. 8328/2

1000 Mark Belohnung

gibt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth**, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler **Albert Schmidt** am 16. d. Mts. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Richthofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 87/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Drechsler **Martin Baumgart** am 19. Juni verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig Kreuz-Richthofes in Rawendorf aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 87/10 Die Ortsverwaltung.

Maler

welcher sauber abfehen und färben kann, findet bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. 2807* Panzer Akt.-Ges., Berlin, Badstr. 59.

Verband der Tapezierer Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Achtung!

Kleber.

Achtung!

Laut Versammlungsbeschluss gelangen zur Bekämpfung der Tarifdurchbrechungen Arbeitsberechtigungskarten mit für je 14 Tage berechneten Kontrollmarken zur Einführung. Arbeitslosigkeit wird ohne Marke durch Stempelung der betreffenden Wochenrubrik der Karte auf dem Arbeitsnachweis bescheinigt.

Die Ausgabe der Karten erfolgt am Sonntag, 25. Juni, vorm. 10-1 Uhr auf folgenden Stellen:

Lychener-Straße 8, Restaurant Krüger, Berg-Straße 10, Restaurant Merker, Kunkel-Straße 6, Pade, Wiener-Straße 31, Stephan,

sowie während der Geschäftsstunden der späteren Tage auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 (Zimmer 35) und dem Arbeitsnachweis Rüdigerstr. 6a.

Am Montag, den 26. Juni, muß jeder Kleber, der bei tariftreuen Firmen arbeitet, im Besitz seiner Karte sein. Die übrigen Bauarbeiter ersuchen wir, uns nach Kräften zu unterstützen. Die Verbandsleitung.

An die Arbeiterschaft!

Bereits über drei Wochen befinden sich die Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen im Kampfe für die freie Ausübung ihres Koalitionsrechts. Erbittert und unter den schwersten Opfern kämpfen sie gegen eine Vereinigung von Zigarettenfabrikanten, die strupellos und unter Anwendung aller Mittel von ihnen verlangt, daß sie ihr Koalitionsrecht, ihre gewerkschaftliche Vereinigung preisgeben sollen.

Darf die Arbeiterschaft diesen brutalen Gewaltstreich vollziehen lassen? Wir sagen nein und glauben auch, daß sie alle erforderlichen Mittel anwenden wird, den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen zum Siege zu verhelfen. Das beste Mittel besteht, neben der finanziellen Unterstützung, in der Agitation dafür, daß nur von solchen Betrieben Zigaretten konsumiert werden, die den Gewaltstreich nicht begangen haben und das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen nicht antasten. Wird dieses Mittel angewandt, dann sind wir sicher, daß der freche verwerfliche Anschlag zurückgewiesen werden kann.

Zu den Firmen, die den Koalitionsraub nicht begangen haben, die die freie Ausübung des Koalitionsrechts gestatten und die Arbeitsbedingungen nach den Wünschen der Arbeiter erfüllen, gehören in Dresden:

Gebr. Selowsky, Pillnitzerstraße Nr. 46 mit den Marken: **Bonvivant Zenith Delicat Comtesse Erna Bolero Hâkim**

Bluff Jovial Hedda Waldmeister Fee Chuck Chuck Yap Tefnut Pectoral I. Gelbe Rasse.

Körner & Apfelstädt. Casanova, Deubenerstr. mit den Marken: **Seerose Suakim Osman Pascha Kasaki,** Holbeinstr. Nr. 117 mit den Marken: **Atossa freres**

Skatspiel Kiriali Kosmos, Fürstenstr. Nr. 70 mit den Marken: **Spinn-Spinn Wolf 2 Nr. 1a Piccolo Süße Mädels**

Orient, Luisenstraße Nr. 6 mit den Marken: **Nana Dubec 2 Armada Patras,** Gabelsbergerstr. 17 mit den Marken: **Patras Dubec Uli**

Tosca Dira Wera Kyroponlos-Freres Patras Xantos, Wettinerstr. Nr. 47 mit den Marken: **Xantos Dubec Ergo 2**

Wer von der Arbeiterschaft will, daß die gewerkschaftliche Organisation unter den Zigarettenarbeiterinnen geschützt werden soll, der tue seine Pflicht. Diese Pflicht zu erfüllen, muß die Lohnkommission. 182/20

WARENHAUS A. WERTHEIM

Porzellan

Speiseteller tief 17, flach 13 Pf.	Bratenschüsseln 22 Pf. b. 1 Mk.	Zuckerdosen 10 Pf.	Kuchenteller 20 Pf.
Dessertteller 9 Pf.	Bratenschüsseln rund 38 Pf.	Tassen 8 Pf.	Brotkörbe 30 Pf.
Kompotteller 7 Pf.	Kompottschalen 5 Pf.	Obertassen einzelne 5 Pf.	Obstschalen 45 Pf.
Terrinen 1.10 b. 1.30 Mk.	Salz u. Pfeffergefäße 6 Pf.	Satztöpfe 6 Stück 1.50, 1.60 Mk.	
Kartoffelschüsseln 65, 80 Pf.	Senfgefäße 9 Pf.	Butterdosen 45, 65, 75, 95 s.	
Saucieren 48 Pf.	Kaffeekannen 30, 45 Pf.	Tafelservices für 12 Personen 42, 59, 65, 75 Mk.	
Salatieren 22, 33, 45 Pf.	Milchtöpfe 8, 12 Pf.	Ein Posten dünner Tassen dekoriert 28 Pf.	

Kaffeeservices für 6 Personen 2.65, 3.75, 4.50, 9 Mk., für 12 Personen 7 Mk., 8.75, 11.75 Mk.

Grosser Posten **Kaffee-, Tee- u. Mokka-**tassen farbig mit Gold **15 u. 23 Pf.**

Emaillé-Geschirre

Casserollen ohne Ring 7 Größen 25 bis 85 Pf.	Bratpfannen lange 4 Größen 1.25 bis 2 Mk.	Essenträger steil 3 Größen 1.50 u. 1.80 Mk.
Casserollen mit Ring 6 .. 65 Pf. bis 1.25 Mk.	Kaffeekannen runde und gebauchte Form 20 bis 65 Pf.	Schöpflöffel 3 Größen 10 bis 20 Pf.
Schmortöpfe ohne Ring 8 .. 45 Pf. bis 1.35 Mk.	Schüsseln tiefe ca. 50 cm 1.80 Mk.	Kehrschaufeln 4 .. 40 bis 85 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 6 .. 65 Pf. bis 1.50 Mk.	Schüsseln flache 12 Größen 15 Pf. bis 1.80 Mk.	Waschschüsseln mit Seifnapf 45 Pf.
Maschinentöpfe 6 .. 8 bis 25 Pf.	Gemüseschüsseln 4 .. 30 bis 70 Pf.	Toiletteimer mit Deckel 1.60 bis 3.50 Mk.
Fleischtöpfe gerade 35 Pf.	Bratpfannen rund 6 .. 30 bis 85 Pf.	Wannen rund 1.75 b. 2.75, oval 1.25 b. 4.25 Mk.
Wasserkessel mit Absatz 4 Größen 75 Pf. bis 1.10 Mk.	Teller 3 Größen 15 bis 20 Pf.	Eimer 6 Größen 68 Pf. b. 2.50 Mk.
Wasserkessel f. Gas-herd 2 .. 80 u. 95 Pf.	Trinkbecher 2 Größen 18 und 20 Pf.	

Die Preisliste über Sommer-Bade- und Reise-Artikel wird postfrei versandt.

Verkäufe.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invaldenstraße 148 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 66, Stalhoferstraße 40. 6068*

Teppiche mit Gardenseilern, Habrilteliederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Handbleichhaus Weidenweg neunzehn Spottbiller Bettentverkau, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Kustfeuerwärmer, Regulatoren, Freischwinger, Taschenrechner, Jacktanzüge, verschiedenes. 437*

Teppiche (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dackelberg Markt 4, Bahnhof Börse. 251/19*

Rüfteinverlag 7, Handbleiche, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 5708*

Gardinen, Teppiche, Tischdecken Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leibwäsche, Kissen, Wanduhren, Taschenrechner, drei Jahre reelle Garantie. Bekmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 4338*

Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 21775*

Mähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung. Woche 1 Markt, gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Alt Bechagen 4, Ecke Neue Bahnhofsstraße. 4131*

Mähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung. Woche eine Markt, gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof. 4131*

Birchholzung! Neue Villenkolonie, genehmigter Bebauungsplan, Quadratmeter 8 Mar., verkauft Schulz, Rixdorf, Lenaustraße 12/13. 2451b

Gelegenheitskäufe: Valetots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teppiche, spottbillig. Rude, Oranienstraße 131.

Reifgläser, Operngläser, Reichzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Rude, Oranienstraße 131. 25056*

Sommerjackets, Tude, Corsetten mit Seidenfutter 6-12 Mar. Kurfürstenstraße 33 I. 25186

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, sowie aus Handbleichen verlaufene Sachen. Rog, Kuladstraße 14. 25135*

Hagarrngeschäft, 180 Mar., verkauft Schulzstraße 20. 438*

Göchelegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mar. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Bitteln.

Möbelangebot. Im Möbelverkaufspeicher (Altkalter Bahnhofsquartier), Möbelerstraße 25, Hochbahnstation Möbelerstraße, haben verschiedene Zimmer Ruhbaumöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salonpartituren, Ganzledersofas, Bücherregale, Ankleideschränke, Ruhbaumöbel, Schreibtische 20,00, sowie Kuchenteller mit wunderschöner Porzellan 22,50, hohelegante Säulenfrümeur 30,00, Sommerteppiche 8,00, Salonteppeiche 14,00 bis zum allergrößten Saalteppich, reichgestaltete Hebergarden, Spachtelstoles, Tischgardinen, Steppdecken, Stunduhren, Blüschtblöcken 5,00, verschiedene Gelegenheits-Verkäufe. Verkauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konsumwaren. 5648*

Malztrafiker, Blutbildend, für Blutarne, Brustkrank, Schwäche, Gewichtsabnahme, bessere Gesichtsfarbe, abersahend, 14 Flaschen 3 Mar., 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/35, 1/40, 1/45, 1/50, 1/55, 1/60, 1/65, 1/70, 1/75, 1/80, 1/85, 1/90, 1/95, 1/100, 1/105, 1/110, 1/115, 1/120, 1/125, 1/130, 1/135, 1/140, 1/145, 1/150, 1/155, 1/160, 1/165, 1/170, 1/175, 1/180, 1/185, 1/190, 1/195, 1/200, 1/205, 1/210, 1/215, 1/220, 1/225, 1/230, 1/235, 1/240, 1/245, 1/250, 1/255, 1/260, 1/265, 1/270, 1/275, 1/280, 1/285, 1/290, 1/295, 1/300, 1/305, 1/310, 1/315, 1/320, 1/325, 1/330, 1/335, 1/340, 1/345, 1/350, 1/355, 1/360, 1/365, 1/370, 1/375, 1/380, 1/385, 1/390, 1/395, 1/400, 1/405, 1/410, 1/415, 1/420, 1/425, 1/430, 1/435, 1/440, 1/445, 1/450, 1/455, 1/460, 1/465, 1/470, 1/475, 1/480, 1/485, 1/490, 1/495, 1/500, 1/505, 1/510, 1/515, 1/520, 1/525, 1/530, 1/535, 1/540, 1/545, 1/550, 1/555, 1/560, 1/565, 1/570, 1/575, 1/580, 1/585, 1/590, 1/595, 1/600, 1/605, 1/610, 1/615, 1/620, 1/625, 1/630, 1/635, 1/640, 1/645, 1/650, 1/655, 1/660, 1/665, 1/670, 1/675, 1/680, 1/685, 1/690, 1/695, 1/700, 1/705, 1/710, 1/715, 1/720, 1/725, 1/730, 1/735, 1/740, 1/745, 1/750, 1/755, 1/760, 1/765, 1/770, 1/775, 1/780, 1/785, 1/790, 1/795, 1/800, 1/805, 1/810, 1/815, 1/820, 1/825, 1/830, 1/835, 1/840, 1/845, 1/850, 1/855, 1/860, 1/865, 1/870, 1/875, 1/880, 1/885, 1/890, 1/895, 1/900, 1/905, 1/910, 1/915, 1/920, 1/925, 1/930, 1/935, 1/940, 1/945, 1/950, 1/955, 1/960, 1/965, 1/970, 1/975, 1/980, 1/985, 1/990, 1/995, 1/1000. 6315*

Möbelschere liefert Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel, Bunte Kissen, moderne Schlafzimmern. Große Auswahl billige Preise. Kein Laden. Nur Keller und Dinterräume. Teilzahlung. Carnad, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124.

Junge Frau verkauft eleganten Blüschtblöcken 44,00, geschliffenen Trumeau 32,00, Rehröhren 4,50, Schränke, Tische, Perletpolier 5,00, wenige Wochen gebraucht, jeden annehmbaren Preis. Landsbergerstraße 42, II, nahe Alexanderplatz.

Grünfram mit Rolle, Löss, Ränderware, Rollen verkauft Schmidt, Blumenhofstraße 28, Friedrichsberg.

Restaurant, passend für Partiegaststätten, großes Speisezimmer, Kuchenteller, sofort billig zu übernehmen. Zimmerstraße 24. 25475

Speisewagen, komplett, mit Rezept, verkauft Blumenhofstraße 28, Friedrichsberg. 4132

Restoration, Vorgarten, sofort veräußert, Eitelauer Allee 17a. 4132

Fahrrad, 30 Mar., Wienerstraße 37, Lokal. 25468

Schankgeschäft, Partellotal, Zahlstellen, Vereine, vier Jahre letzter Hand, passend für Anfänger, krankheitshalber billig zu verkaufen. Näheres Rudnik, Bierfahrer, Duffenstraße 24. 25486

Wohnung, zwei Etage, ein Zimmer Ruhbaumöbel und Kücheneinrichtung verkauft Kleinig, Schuhmann, Baldemarstraße 27, vorn I. 25515

Möbelverkauf in meiner Möbel-Abteilung, 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele ausgediente und verlebene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Vertis 27,00, Ausziehtisch 16, Tischbeistelle mit Federmatratze und Kleinfisch 36, Tischstühle 50, Pongeloh 70, Waschtisch 20, Stuhlbeist 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 13/15*

Mähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, Ringstiftchen, Bobbin, Adler-Schnellheber, schnellste Lieferung. Brunnenstraße 90. Gebrauchte von 10,00 an. 495

Quadratrate 10 Mar., Kurvi, Birkenwälder, 30 Pfennig, nur Bald, Wasser, halbes Loge, noch einige Parzellen jeder Größe, nur zu haben beim Eigentümer Otto Joes, Pantom, Eitelberweg 10. 221/20

Partellotal mit Zahlstellen zu verkaufen bei Markt, Kaitanien-Allee 95/96. 454

Milchgeschäft krankheitshalber, gut gehend, verkauft Werner, Wittenmalerstraße 30. 4112*

Restoration zu verkaufen. Voller Ebnat, Tischlerstraße 27. 435*

Herrenanzüge, Heberzieder, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mar. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßsachen, direkt nur beim Schneidermeister Kürtenzell, Rosenhallerstraße 15, III. Kein Laden! 2521*

Entzündende Blüten, Koffimröde, Jodetts, aus guten Stoffen selbstgefertigt, verkauft, da keine Lebensmitel, zu ausfallend billigen Preisen. Kitzner, Brunnenstraße 4, I. 2554b

Milch, Grünfranggeschäft, gutgehend, verkauft billig, Stalhoferstraße 105. 49

Destillation im Norden, mehrere Zahlstellen und Vereine, sofort zu verkaufen, 2300,00. Kaufmann Hermann Stolze, Reibstraße 11. 495*

Kolonialwaren - Handlung, ohne Waren, verkehrsreiche Straße, preiswert veräußert. Offerten Schwanberg, Charlottenburg, Seifenheimerstraße 1. 4125

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prengelauerstraße 59/60.

Milchgeschäft veräußert, Reichsbergerstraße 85. 48

Verschiedenes.

Pfandleihe Marktstraße 27. *

Kunststofferei von Frau Kofsky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch anhem Haus. Bachmann, Landsbergerstraße 38. 6078*

Buchführung, Stenographie, Schreibmaschine, Sprachen. Salomon Kurfürstenstraße 26. 4888*

Platina, alle Fahrgeräte, allerhöchste Preise, Kiderstraße 17, II, nicht Laden. 2316 b *

Patentanwalt Dommann, Oranienstraße 57 (Kochplatz). Rat in Patent-sachen. 2526*

Bereinszimmer 25, 40, Saal, 150 Personen, Piano, zwei Regeldampfen, vergibt Ladewig, Alte Jakobstraße 83. 5438*

Teilzahlung, Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Waren, Landsbergerstraße 75. 6108*

Waldhauhalt Otto Bahe, Köpferstraße 22, wöchentlich laubend, glorreich. Troden im freien. Lafer, Leibnizstraße 0,10, Abholung Sonnabends. 6348

Wäsche wird sauber gewaschen, im freien getrocknet, Lafer, Leibnizstraße 0,10, Abholung Sonnabends. Emil Vankratz, Köpferstraße 40. 2522b

Internationale Chauffeurschule, Berlin, Dessauerstraße 12, erteilt gediegensten Unterricht unter fachmännischer Leitung. Schnellste, sicherste Ausbildung. Stellenanzeigen. Probezeit gratis. 13/14

Maurern, Zimmerern erteilt Zeichenunterricht tags, abends, Sonntags. Architekt, Lichtbergstraße 7, II. 13/17

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterlagen, 15,00, Wagner, Schneidermeister, Lichtbergstraße 9. 13/16*

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleinwohnungen, gesunde, allerbillig, sofort, später Rixdorf: Köpferstraße 15, Wanglichstraße 12 (Germannplatz). 13/3*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer wird Teilweiser gemietet, 13 Mar. mit Keller, Dresdenerstraße 19, IV links, Oranienplatz. 48

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle (Vorderzimmer) zu vermieten Dresdenerstraße 58, III rechts. 2421b

Möblierte Schlafstelle, Flureingang, vermietet Spreenberg, Oranienstraße 3, Quergebäude II.

Rixdorf, Gannerstraße 3, vorn IV links: Feinblüchere bessere Schlafstelle, 2 Personen. 4119

Möblierte Schlafstelle (Separat) Reichsbergerstraße 84, III links. 48

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflächler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Gläser, Kuladstraße 27. 14885

Gelegenheitsgehichte Reitzen-Allee 17, vorn I links. 24565*

Schmelzer, Humorist (auch Uebernahme ganzer Ensembles), Stettinerstraße 57. 495*

Grundstück, Humorist (auch mit Geschäft), Fennstraße 1a. 483*

Wachfrau, zuverlässig, sucht Stellen. Wäner, Mariannenstraße 39.

Stellenangebote.

Grundriener verlangt Köpferstraße 147. 2532b

Tüchtige Einleger und Bieger auf Spatierstraße bei hohem Lohn verlangen E. u. A. Redlich, Mitterstraße 75. 13/11

Quarbitzerin, Rockarbeiterin verlangt Jacobi, Brangelstraße 135, Mariannenplatz. 2550b

Plätzerinnen und Lehrmädchen auf Krügen, Wangschellen, verlangt Trof, Gräner Weg 104. 2545b

Sämannen - Steppern verlangt Fiedler, Langgierstraße 3. 48*

Kostümrod, Blumen-Lehrbuben, achtjährige Lehrzeit, nachher Bekarbeiter, Blumenstraße 9. 13/5*

Frauen finden durch Zeitungsanzeigen dauernde und lohnende Beschäftigung. Wohnungen 9-12, Pringelstraße 41 im Keller. 13/12*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Hausreinigung

zu vergeben (1. Juli) Cudenarderstraße 37 I. 5 Aufgänge. Freie Wohnung und monatlich 12 Mk. 24166*

Färber, Detachierer

gelucht. Gebr. Altenbergs Färberei, 4123* Weigenes, Langhansstr. 4.

Selberabzieher

gebildet, finden lobende Beschäftigung. Offerten W. 12 Postamt 31.

Achtung, Holzarbeiter!

Einsetzer!

Der Bau Zimmermann in Rixdorf, Knechtstr. 64, ist gesperrt, da sich die Firma Karl und Emil Schneider weigert, den bisher gezahlten Tarif einzuhalten.

Jalousie-Arbeiter.

Die Kollegen der Firma Posthalter befinden sich im Streik. Zutritt ist fernzuhalten. Da bei mehreren Firmen noch Differenzen bestehen, bitten wir, sich auf den Bauten etc. die blauen gepunktete Arbeits-Kontrollkarte zeigen zu lassen, nur diese ist gültig. Andersartige Karten sind zu vernichten. 83/8*

Bürstenmacher.

Die Bürstenfabrik Schächter, Wachsenstraße 88, ist gesperrt. Zutritt ist fernzuhalten.

Teppichweber!

Der Zutritt nach den Teppichfabriken von Feibisch, Kreptow, Köpfer, Landstr. 29/29, Benjamin u. Co., Reichsbergstr. 23, und Rud. Waader, Weihen-Weier 6, ist fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streik befinden. 107/11*

Achtung! Achtung!

Schildermaler, Lackierer, Vergolder, Buchstaben-Klempner!

Der Streik der Schildermaler und verwandten Berufe besteht nach wie vor und ist Arbeit nur durch den Arbeitsnachweis der Schildermaler, Alte Jakobstr. 83 bei Ladewig, angemessen. 290/8*

Die Streikleitung.

Achtung! Achtung!

Kürschner!

Auf Anordnung der Firma Jacob u. Bräutigam, Marktgrafenstr. 58, sind die Differenzen betref. Aufregung der Kürschner wegen, zur Friedfertigkeit beider Organisationen selbst beigelegt und erklärt, wie die Sperre für aufgehoben.

Deutscher Kürschnerverband

Zahlstelle Berlin. Verband der Kürschner Berlins 103/15 und Umgebung.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Hausreinigung

zu vergeben (1. Juli) Cudenarderstraße 37 I. 5 Aufgänge. Freie Wohnung und monatlich 12 Mk. 24166*

Färber, Detachierer

gelucht. Gebr. Altenbergs Färberei, 4123* Weigenes, Langhansstr. 4.

Ueber das neue Organisationsstatut

Sprach Genosse Pfannkuch am Dienstag in einer außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

forderte, habe diese Forderung zusammen mit Löwe-Wreslau auch in der Kommission vertreten. Beide Genossen seien aber durch die Verhandlungen der Kommission zu der Ansicht gekommen, daß sich die von ihnen für richtig gehaltene Organisationsform jetzt noch nicht durchführen lasse.

Leistung eines durch den Kreiswahlverein abzuführenden Beitrages an die Parteikasse zur Pflicht gemacht werde und daß die Parteibereine zur Verichterstattung an den Parteivorstand gehalten sind.

Genosse Erhardt-Ludwigshafen wende sich in der „Neuen Gesellschaft“ gegen die Beitragspflicht der Kreiswahlvereine an die Parteikasse.

Dem Parteivorstand — sagte der Redner — seien die wirtschaftlichen Gründungen der Partei nicht erwünscht, denn für eine auf dem äußersten Posten kämpfende Partei hätten solche Gründungen immerhin etwas Bedenkliches.

Erhardt habe es auch für unbedenklich, daß der Parteivorstand alle die Berichte bearbeiten und bewerten könne, die ihm aus den Organisationen zentrierweise zugehen würden.

Genossin Erhardt meinte, eine solche Befürchtung sei unzutreffend. Denn der Sinn des Entwurfs sei der, daß die Vertrauensleute zugleich die Vorsitzenden der Kreisvereine seien.

Es habe allgemein bestrebt, daß der Entwurf nicht dem schon mehrfach in Anträgen an den Parteitag ausgedrückten Verlangen Rechnung trage, wonach die

nicht in ihrer Gesamtheit, sondern nur durch eine Vertretung am Parteitag teilnehmen soll. Diese Frage sei ja in der Kommission erörtert worden, aber sie habe keinen Modus finden können, der in dieser Hinsicht einen Idealfall schaffe.

ideale Vertretung der Parteigenossen auf dem Parteitag zu erlangen. Weil die Lösung dieser Fragen so schwierig sei, Mißstände aus dem bisherigen System aber nicht zutage getreten seien, so habe der Entwurf das bisherige System in dieser Hinsicht beibehalten.

Durch die Bestimmung des Entwurfs, daß der Parteivorstand in der Kandidatenfrage

zu entscheiden hat, wenn eine Verständigung des Kreises mit der Bezirks- oder Landesorganisation nicht zustande kommt, solle das Selbstbestimmungsrecht der Kreise nicht beeinträchtigt werden.

Soweit die Kritik sich bis jetzt mit dem Entwurf beschäftigt hat, seien wesentliche Verbesserungsvorschläge nicht gemacht worden.

Fülle wendete sich als erster Diskussionsredner gegen die Anwesenheit der gesamten Fraktion auf dem Parteitag. Das sei eine unbegründete Vergünstigung, die der Fraktion dadurch gewährt werde.

Sinze trat ebenfalls für eine teilweise Vertretung der Fraktion ein. Mit demselben Recht wie die Reichstags-Abgeordneten könnten auch die Landtags-Abgeordneten, die Stadtverordneten und andere Funktionäre der Partei die Beteiligung am Parteitage fordern.

Donath führte aus, er sei hinsichtlich der Vertretung der Fraktion anderer Meinung wie Sinze. Die Abgeordneten hätten doch in der Partei eine führende Stellung, sie müßten deshalb Gelegenheit haben, sich auf dem Parteitage über die Stimmung der Genossen zu unterrichten.

Richard Fischer wandte sich gegen die Bestimmung des Entwurfs, daß jemand, wenn er keine Schiedsrichter ernannt, ohne weiteres als ausgeschloffen gelten soll.

Pfannkuch sagte in seinem Schlußwort unter anderem, die Befürchtung Fishers, daß jemand wegen kleinlicher Streitigkeiten ausgeschlossen werden könne, treffe nicht zu, da ja als Ausschlußgründe eheliche Handlungen und grobe Verläufe gegen die Grundsätze der Partei ausdrücklich im Statut angegeben seien.

Berliner Nachrichten.

Städtische Lichtluftbäder.

Die Frage der Errichtung von Lichtluftbädern auf städtische Kosten, über die wir kürzlich berichteten, wird die Berliner Stadtverordneten-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung noch einmal beschäftigen. Der Petitionsausschuß wird über sein Votum — er könne ein Bedürfnis zur Errichtung von städtischen Lichtluftbädern nicht anerkennen — dem Plenum durch einen Referenten Bericht erstatten lassen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß das private Unternehmertum dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Lichtluftbädern nicht entfernt genügen kann. Wenn auch für kleine bedorngte Kreise von privater Seite Lichtluftbäder geschaffen werden können, so sind solche Unternehmungen doch an eine Reihe von Beschränkungen gebunden.

Schichten der Bevölkerung, die sich mit engen, oft sonnenlosen Löchern, Wohnungen begnügen müssen, die keine Erholungsreisen aufs Land oder an die See unternehmen können, für die auch regelmäßige Sonntagsausflüge in die weitere Umgebung der Stadt aus materiellen Rücksichten sich verbieten, bedürfen auf das dringendste eine Reihe von gesundheitslichen Erholungsstätten, die ihnen einigermassen die anderen verschlossenen Erholungsstätten ersetzen.

Die arbeiterfeindliche Zentrumspresse.

Mit der konservativen Scharfmacherpresse wetteifert die kapitalistisch-katholische „Germania“, um den Arbeiterfeinden für das geplante Vorgehen gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen Material zu liefern.

Auch war, wie vorausgesehen werden konnte, von den bürgerlichen Arbeitgeber laun ein halbes Duzend erschienen, da nach den bisher gemachten Erfahrungen sich jeder Mensch, dem seine Haut und seine Reputation lieb ist, nicht der Gefahr aussetzen mag, in der gewohnten Weise nicht nur von allen „Zielbewußten“ des Wahlvereins in ungläublichster Art angepöbel, sondern auch die sichere Aussicht hat, in seinem wirtschaftlichen Leben so viel als möglich Schädigungen ausgefügt zu werden.

Dies Geschimpfe wurde von dem Kapitalistenblatte erhoben, trotzdem ihm wohlbelannt war, daß von sozialdemokratischer Gewalt herrschaft in der Kasse nur ein Verleumder sprechen kann, da die meisten Beamten der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht angehören.

Am Mittwochabend mißfiel sich die „Germania“ weiter in einem Artikel gegen die Drilasse Charlottenburg; diesmal sollte durch Zahlen bewiesen werden, daß die Kasse schlecht wirtschaftet; diese „Zatsache“ müsse der Regierung zur Kenntnis gebracht werden.

Es muß der Sozialdemokratie doch verstaubt wenig an Zeuge zu finden sein, wenn ein arbeiterfeindliches Blatt nichts als Lügen und Fälschungen gegen sie vorbringen kann. Daß das blinde Vorgehen der Zentrumspresse der Partei für Wahrheit und Recht schwere Schäden zufügen muß, das zu bedauern ist ja nicht unsere Sache.

Ueber den Kampf um die geplante milchwirtschaftliche Ausstellung wurde in der gestrigen Milchhändler-Versammlung folgendes mitgeteilt: Die Delonominierete Plein und Woslen haben sich an den Berliner Magistrat sowie an die Magistrate von Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf mit Gesuchen um Unterstützung einer von dem Deutschen milchwirtschaftlichen Verein für das Jahr 1907 geplanten Ausstellung für hygienische Milchversorgung gewendet.

und fogar in der Ministerialkonferenz dahin geäußert haben: Eher würden die Milchproduzenten Sozialdemokraten (S), ehe sie sich diese Kontrolle ihrer Ställe gefallen ließen. Endlich wird darauf hingewiesen, daß es lediglich dem Milchhandel zu verdanken ist, wenn die Verteuerung des Milchpreises für Groß-Berlin vermindert und eine unheilvolle Verringerung des großstädtischen Milchverbrauchs vermieden wurde. Der Milchhandel habe allein seit Beginn des Milchkrieges durch seinen Widerstand den Berlinern eine Summe von mindestens 16 Millionen Mark erspart. Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß unsere Partei sich vor der erwähnten agrarischen Sorte Sozialdemokraten bestens bedankt.

Zur Reichstagswahl in Ober-Barnim.

Der Kreis Ober-Barnim ist einer derjenigen Kreise, aus denen eine große Anzahl Arbeiter der verschiedensten Berufe in Berlin ihrem Brotverdiener nachgehen. Die Sorge um tägliche Brot läßt in gar manchem dieser Arbeiter den Gedanken an politische Pflichten zurücktreten, so daß das Wahlkomitee an die Arbeiter aller Berufe und besonders an die Bauarbeiter das Ersuchen richtet, solche Arbeiter, die ihren Wohnsitz im Kreise Ober-Barnim haben, auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

In der nächsten Zeit wird auch eine Versammlung dieser Arbeiter im Zentrum Berlins stattfinden. Näheres erfolgt noch später.

Eine splittende Schulbank hat einem Schüler des Luisenstädtischen Realgymnasiums schweres Ungemach bereitet. Der Oberlehrer J. hatte im Februar während des Unterrichts sich in den Oberschenkel einen Holzsplitter eingebracht, zu dessen Beseitigung noch an demselben Tage ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wurde. Der harmlos erscheinende Unfall galt als abgetan, und von den Eltern wurde dem Knaben auch nachher noch immer wieder über Schmerzen klagt, keine Bedeutung beigelegt. Erst acht Wochen später, im April, als die Schmerzen sich gesteigert hatten, suchte man wieder ärztliche Rat, und nun wurde im Krankenhaus Bethanien die vereteerte Wunde durch operativen Eingriff bloßgelegt. Der Knabe mußte dann acht Wochen hindurch regelmäßig nach dem Krankenhaus kommen, um den Verband erneuern zu lassen. Inzwischen hat aber der Zustand sich so verschlimmert, daß man jetzt nochmals zu einer Operation hat schreiten müssen. Der Knabe liegt nun im Krankenhaus Bethanien und wartet heute, 16 Wochen nach dem Unfall, noch immer auf Heilung. Verletzungen durch Splitter sind in den Schulen öfter vorgekommen, doch waren sie bisher wohl nie von so schlimmen Folgen begleitet. Mehrfach hat, wo Behandlung durch einen Arzt nötig geworden war, die Stadtgemeinde die Kosten tragen müssen.

Strapazierende Arbeit haben die englischen Gäste der Reichshauptstadt zu verrichten. Sie versammelten sich gestern, einer Einladung des Charlottenburger Magistrats folgend, früh um 9 1/2 Uhr am Zoologischen Garten, wo sie vom Oberbürgermeister Schufeldt, Bürgermeister Matting, Stadtschulrat Neufert und anderen Herren empfangen wurden. Die Fahrt ging zunächst nach der Gemeindeschule in der Suarezstraße. Weiter ging dann der Besuch zum Charlottenburger Schloß und zur Ausstellung für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen. In der Vöhschallischen und Technischen Reichsanstalt, die hierauf besichtigt wurde, wurden die Gäste von Dr. Warburg und dem Geheimen Regierungsrat v. Weister zum Ministerium des Innern empfangen. Von dort fuhrten die Herren zum Rathaus.

Zum Wohnungswechsel. Der Polizeipräsident teilt mit: Mit Bezug auf die Polizeiverordnung vom 20. März 1870, betreffend die Umzugsstermine beim Wohnungswechsel („Intell.-Blatt“ Nr. 74 vom Jahre 1870) wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der am 1. Juli d. J. beginnende Umzug bei kleinen, aus höchstens zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen — da der 2. Juli ein Sonntag ist, an welchem nach § 8 des Gesetzes vom 30. Juni 1834 (G. S. S. 92) die Umzugs-pflicht ruht — am 3. Juli mittags 12 Uhr, und bei großen, mehr als vier Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 4. Juli mittags 12 Uhr beendet sein muß.

Die Wollantischen Erben unter sich. Wollant gegen Wollant und Genossen lautet das Arbitrium eines Verleidigungsprozesses, der zwischen den Erben eines Mannes, nach dem zwei ganze Straßenzüge in Berlin benannt sind, geführt wird und gestern in Moabit verhandelt werden sollte. Kläger ist der Hof- und Rittmeister d. R. Rittergutsbesitzer in Or.-Glienide Otto Wollant, Beklagte dessen Zante, verwitwete Frau Anna Wollant geborene Schreiber, und deren geschäftlicher Verwalter, Fabrikbesitzer Freydorff aus der Goltzstraße. Intriginiert sind mehrere Briefe beleidigenden Inhalts, die die Angeklagte aus Anlaß von Differenzen über Testaments-auslegungen an den Beklagten geschrieben hat. Der Termin mußte vertagt werden, da die Beklagte, die zurzeit im Bade weilt, an Gerichtsstelle nicht erschienen war.

Direktor Armand Knoblauch, der Begründer und Chef des Wöhmischen Brauhauses zu Berlin, ist im 74. Lebensjahre in seiner Villa zu Schlachtensee gestorben. Vor mehr als vier Jahrzehnten begründete er mit geringen Mitteln seine Brauerei. Bald nahm das Geschäft einen großen Umfang an, der schließlich im Jahre 1897 zu der Errichtung einer Kommandit-Gesellschaft auf Aktien führte, nachdem bereits 1870 die Firma A. Knoblauch in Wöhmischer Brauhaus umgewandelt war. Neben dem jetzt Verstorbenen gehörten sein Bruder Bernhard und seine Söhne Richard und Max der Direktion der Brauerei an.

Strafsverurteilung. Die Strafe Alt-Moabit von der Stromstraße bis zur Johannisstraße ist behufs Umplastierung vom 21. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Taubendiebe haben in den letzten Tagen an verschiedenen Stellen gehaust. Auf einem Boden in der Plottowstraße 16 würgten sie 14 Tauben ab und ließen sie, wahrscheinlich weil sie gestört wurden, im Vorraum liegen; 85 gestreifte Tauben dagegen packten sie in Körbe, die sie in einem erbrochenen Redenerstraße fanden, und nahmen sie mit. In der Ruppinerstraße 34 sprengten sie das Vorhängeschloß eines Taubenbodens und schleppten in einem Sack 33 Tiere weg. In der Reichenbergerstraße drangen sie in den Verlies ein, indem sie eine Bodenlücke zertrümmerten, und stahlen 20 Driestauben, die alle gestempelt sind.

Der „Spezialisten“, die wieder an der Arbeit sind, seien die Hauswirte und ihre Verwalter gewarnt. Es sind die Türlücker-Diebe, die besonders im Norden und Osten der Stadt wieder auftreten. Jeden Tag werden mindestens 20 Diebstähle verübt. Im vergangenen Jahre fing die Kriminalpolizei eine ganze Bande dieser Spezialisten und beschlagnahmte bei einem Fehler in der Schweinmünderstraße über 500 gestohlene Klienten. Die damals verhafteten Diebe sitzen alle noch im Gefängnis, es muß sich also eine neue Bande gebildet haben. Ihr Treiben kann wirksam nur bekämpft werden, wenn die Wirte und Verwalter selbst mit aufpassen und darin auch von den Mietern unterstützt werden.

Einen verwegenen Fluchtversuch aus dem Kriminalgericht machte gestern mittag kurz vor 12 Uhr der 30 Jahre alte Akrobat Siebert, der wegen Diebstahls in Untersuchungshaft genommen ist. Siebert, der eine schwere Strafe zu erwarten hat, wurde dem vernehmenden Richter, Amtsgerichtsrat Hamel, im Zimmer Nr. 72 im ersten Stock in der Ratzenowstraße vorgeführt. Kaum hatte das Verhör begonnen, da sprang er mit einem mächtigen Satz an dem Richter vorbei über den Tisch hinweg und stürzte sich mit einem Hechtsprung durch die Scheiben der Doppelfenster hindurch auf die Straße hinab. Er schlug auf einen Fliederstrauch und das Vorgartengitter auf und blieb mit zerlummenem Gesicht und gebrochenen Gliedmaßen einige Minuten am Einfliegen des Publikums liegen. Polizeibeamte waren rasch zur Stelle und brachten ihn nach der Charlottenstraße. Siebert war im Fallen mit einem Bein in das Gitter

geraten und hatte sich den Oberschenkel und das Schienbein gebrochen, dieses so schwer, daß die Bruststellen der Knochen durch die Weichteile drangen.

Selbstmord eines Rekruten. Der 21 Jahre alte Gardebataillonser R., der im ersten Jahre bei der ersten Schwadron des ersten Garde-Dragonen-Regiments diente, machte vor acht Tagen bei einer Feld-dienstübung mehrere Fehler; er wurde darüber von einem Unter-offizier zur Rede gestellt. Da er während der Belegung dem Vor-geleiteten mechanisch ins Gesicht gelacht haben soll, erhielt er wegen Achtungsverletzung drei Tage Mittelarrest. Bevor er zur Verbüßung der Strafe abgeführt werden sollte, ging er auf seine Stube und schoß sich aus seinem Dienstkarabiner eine Kugel in das Herz. Als die Kameraden, die auf den Knall in die Stube eilten, ihn auffanden, war er schon tot. Der Vater, ein wohlhabender Bauer aus einem Berliner Vorort, holte gestern die Leiche nach Hause.

Bei einem Zusammenstoß auf der Straßenbahn verunglückte gestern nachmittags der 20 Jahre alte Stehler Erich Schulz. Als er auf der vorderen Plattform eines Straßenbahnwagens nach Wilmers-dorf zu fuhr, schaute in der Holsteinischen Straße das Pferd eines Geschäftswagens und lief blindlings auf den Straßenbahnwagen zu. Während der Fahrer den Wagen durch Bremsen zum Stehen brachte, drang die Dreifüßlerin dem Reiter in den Arm und ver-letzte ihn so schwer, daß er nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Kurz nach Mitternacht wurde sie nach Friedrichsberg verlangt, wo in der Frankfurter Chaussee 19 der Dachstuhl des neuen Vorderhauses in hellen Flammen stand. Der 7. Vöschzug rückte sofort nach dorthin aus und unterstützte die Dreifüßlerwehr in den Abkühlungsarbeiten. Der Dachstuhl ist total niedergebrannt. Die Entstehungsursache des Feuers konnte nicht ermittelt werden. — In der Alten Jakobstr. 102 waren dann Kisten und allerlei Gerümpel in einem Laden in Brand geraten. Der 17. Vöschzug besetzte die Gasse. — Betten und Kleidungsstücke gingen später in der Postoderstr. 37 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Reuenburgerstr. 25 ein Wollen-Späne in einem Keller Feuer gefangen hatten. — Ein Prekohlens-brand mußte dann in der Ludauerstr. 9 und ein Küchenbrand in der Georgenkirchstr. 37 abgelöscht werden. — Nach dem Metropol-Theater wurde die Wehr abends gegen 8 Uhr gerufen, weil dort auf dem Hofe Weidenkörbe brannten. — Weiter liefen dann noch aus der Brandelstr. 42, Wasserwallstr. 7, Oberbergerstr. 54 und aus der Invalidenstr. 1a Alarmierungen ein. In allen diesen Fällen handelte es sich aber um „blinden Lärm“, so daß die Vöschzüge nicht in Tätigkeit zu treten brauchten.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Schwer verunglückt ist in der Nacht zum Mittwoch der Arbeiter Karl Madenager aus Berlin, Streichhärter 63. A. wollte in der Bergstraße während der Fahrt auf einen Straßenbahnwagen der Linie 7 springen, glitt ab und fiel unter die Vorderplattform des Motorwagens. Glücklicherweise gelang es dem Fahrer, den Wagen sofort zum Stehen zu bringen, sonst wäre A. unrettbar verloren ge-wesen. Der Motorwagen mußte erst hochgehoben werden, bevor es gelang, den A. aus seiner schrecklichen Lage zu befreien. Der Verunglückte wurde sofort nach der nahen Unfallstation XII gebracht, wobei eine Quetschung der Wirbelsäule und eine klaffende Wunde am Hinterkopf festgestellt wurden. Nach der ersten Hilfe wurde A., dessen Verletzungen zwar schwer aber nicht lebensgefährlich sind, nach dem städtischen Krankenhaus überführt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Doppelmordes hat sich vor dem Schwurgericht in G u b e n der 66 Jahre alte Abbedereibefiger Joseph Schupp aus Sch w i e b u s zu verantworten. Er wird beschuldigt, seine 80-jährige Konkubine, die Witwe Scheidemann, und die 60-jährige Aufwärterin Paulle er-mordet zu haben. Am 8. Dezember v. J. wurde die Leiche der S., die der Angeklagte stets als seine Ehefrau ausgegeben hatte, auf dem Gehöft des Abbedereibefigers Schupp aufgefunden; schwere Verletzungen am Kopf wiesen darauf hin, daß die Greisin einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Am nächsten Morgen wurde auch die Aufwärterin Paulle in der Senzgrube des Gehöftes er-mordet aufgefunden. Die ersten Ermittlungen führten zu der Verhaftung eines Rechtskonsulenten R., der aber bald wieder entlassen werden mußte. Nun wurde Kriminalkommissar Rasse-Berlin mit der Mordsache betraut. Er stellte zunächst fest, daß die S. nicht mit Schupp verheiratet war, sondern seit 30 Jahren mit ihm in wilder Ehe gelebt hatte; eine Reihe von schmerzhaften Verlesungs-momenten wurde gegen Schupp zusammengetragen, die schließlich zur Verhaftung und Anklage führten. Unter den Zeugen, die zu der gestrigen Verhandlung geladen waren, befindet sich u. a. auch der Gerichtsschreiber Feserich-Berlin. Schupp bestreitet, die ihm zur Last gelegten Verbrechen begangen zu haben, und versucht bei Ver-gewalt seiner Vernehmung den Alibiweis zu führen, wobei der Staatsanwalt mehrfach Widersprüche mit früheren Aussagen feststellt. Aus der Vernehmung des Angeklagten geht hervor, daß dieser trotz seiner grauen Haare ein großer Verehrer und Liebhaber von Frauen war.

In dem Prozeß gegen den „Dr. jur.“ Fleischmann von der Ver-einigung der Rechtsfreunde ist gestern das Urteil gesprochen worden. Es lautet auf ein Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahr beantragt. Die Verteidiger Rechtsanwalt Kantorowicz und Dr. Davidsohn machten zugunsten des Angeklagten geltend, daß es das größte Unglück des bis dahin ansässigen gewesenen An-geschlagten gewesen sei, in das Milieu der Vereinigung der Rechts-freunde hineingegeraten, deren einziges Prinzip gewesen zu sein scheint, nur solche Leute zu beschäftigen, die entweder schon mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hatten oder doch wenigstens wegen ehrlöcher Handlungen aus ihrem Amte entlassen worden waren.

In später Nachmittagsstunde verhandelte der Vorsitzende Land-gerichtsdirektor Oppermann II folgendes Urteil: Der Angeklagte habe sich in fortgesetzter Weise der Untreue und des Betruges schuldig gemacht. Er sei ein Mann von sehr schwachem Charakter; in der Not sei er in eine Sphäre hineingelommen, die ihn wandern gemacht habe. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß es sich um eine große Anzahl von Fällen handle. Der Gerichtshof habe des-halb eine Gefängnisstrafe von einem Jahre als angemessene Sühne erachtet. Von der Verhängung der weit schlimmeren Strafe, nämlich der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, habe der Gerichtshof aus den erwähnten Milderungs-gründen Abstand genommen.

Das 18-jährige Dienstmädchen Berla Haberecht, das am 28. Fe-bruar d. J. ihre Dienstherrin Frau Bröder in der Mittenwalder-strasse 14 mit dem Messer angefallen hatte, mußte sich gestern vor den Geschworenen verantworten. Ihre Vernehmung war mit einigen Schwierigkeiten verknüpft, denn die Angeklagte hat sich unmittelbar nach der Tat in Selbstmordversuch die Kehle mit einem Messer be-schneidet und ihre Stimme hat darunter so gelitten, daß sie nur ganz leise zu sprechen vermag. Die in Heinersdorf geborene An-geschlagte, deren Eltern in Rangensbiefau wohnen, ist schon gleich nach Verlassen der Schule in Gefinndienste gegangen. Anfangs Januar kam sie nach Berlin als Dienstmädchen zu den Kaufmanns-Verdächtern Eheleuten in der Mittenwalderstr. 14. Wie sie in der Voruntersuchung, in der sie im allgemeinen geständig gewesen, zu-gegeben hat, kann sie nicht sagen, daß sie schlecht behandelt worden sei, namentlich hätten beide Kinder sehr an ihr gehangen. Im gestrigen Termin sagte sie dagegen, daß sie unter der nervösen Erregtheit der Frau Bröder sehr zu leiden gehabt habe und wieder-holt mißhandelt worden sei.

Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach Körper-verletzung mittels Messers unter Verneinung der Frage nach mißhandelnden Umständen. Staatsanwalt Ruffol hielt bei der Jugendlichkeit der Angeklagten einerseits, andererseits aber der über-aus rohen Tat eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren für eine angemessene Sühne. Rechtsanwalt Joseph hielt eine bedeutend mildere Strafe für geboten. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Vermischtes.

Ueber den Tumult in Köln berichtet unser dortiges Parteiblatt: Weil vom Karolingerring 6 ein Mieter ausgezogen, ohne seinen Mietrest zu bezahlen, wurde auf dem Severinswall der Möbelwagen angehalten. Es wurde von Seiten des Hausbesizers die Polizei requiriert, und der Fuhrmann soll von Schuldeuten mißhandelt worden sein. Durch den Vorgang kam eine begriffliche Aufregung unter die Anwohner der Straße, die sich noch steigerte, als um 7 Uhr die Fabriken Schluß machten. Eine gewaltige Menschenmenge sammelte sich an, die Polizei zog blank, trieb die Menschenmenge aus einer Straße in die andere, und wie es gewöhnlich geht, wurden viele verletzt und festgenommen, die sich an dem Toben und Pfeifen nicht beteiligten, sondern nur den Zuschauer abgegeben hatten. Alte Leute und junge Burtschen wurden an die Kette genommen, aber noch immer wollte sich der Aufruhr nicht legen. Die Polizeibeamten suchten mit den Säbeln durch die Luft, das Publikum warf mit Steinen, die Schuldeute hoben diese auf und warfen sie zurück. Gegen 10 Uhr hatte die Sache einen derartigen Umfang angenommen, daß die Wirtschaften ge-schlossen wurden; aber noch immer legte sich der Tumult nicht. Polizeikommissar Steinde leitete die Polizeiaktion persönlich, aber trotz der Willkür, der sich dieser Beamte erfreut, war ein Ende nicht abzusehen. Nach 12 Uhr zog sich der Kriegsschauplatz nach der Elshausstraße hin, und die Polizei wollte mit aller Macht auch diese Position noch nehmen, doch war bis 1 Uhr noch kein Erfolg zu sehen. Mamentöpfe, alte Lumpen, Feuerbreiter sausten aus den Fenstern herunter, und die Schuldeute zogen sich sich einen Augenblick zurück. Später wurde noch die Feuerwehre zu Hilfe ge-rufen, und viele Anwohner der Elshausstraße wurden aus den Wohnungen heraufgeholt, darunter solche, die schon im Bett ge-legen haben sollen. Die tollen Austritte hätten sich unserer Ansicht nach leicht vermeiden lassen. Hätte der Kommissar Steinde den Möbelwagen unter Bedeckung zu einem Expediteur oder in irgend einen Hof fahren lassen, so würde es schwerlich zu den bedauernswerten Szenen gekommen sein, die vielen Beteiligten wahrscheinlich noch teuer zu stehen kommen werden. Die Polizei aber schien nachher ganz kopflos geworden zu sein. Nach anderer Besart sollen die Möbel gepackt gewesen sein und man habe beabsichtigt, sie zu verschleppen. Aber auch dieses würde das Vorgehen der Polizei nicht rechtfertigen. Bis spät in die Nacht wurde das Agerl in der Sibansstraße von Bewundeten aufgeführt, die mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen hatten. Die Bilder, die man zu schauen bekam, gemahnten an russische Zustände.

Unser Parteiblatt warnt die Arbeiterschaft vor einer Beteiligung an den Tumulten, die sich am Dienstag wiederholt haben. Eine Volksmenge von etwa 10 000 Personen hatte sich gesammelt: Etwa 250 Schuldeute zu Fuß und zu Pferd waren zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboden worden. Als aus der Menge unter Johlen und Pfeifen wiederum Wurgeschloffe gegen die Schuldeute geschleudert wurden, gingen diese mit der blanken Waffe vor: Gleichzeitig sprengte die berittene Polizei die Menge auseinander. 4 Personen wurden durch Säbelschläge erheblich verletzt, mehrere andere erlitten leichtere Verletzungen. Erst gegen 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Schnellzugsgeschwindigkeit. Der Kaiser hat aus Anlaß seiner Automobilsahrt Hannover—Hamburg dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover Dr. Benzel folgenden Erlaß zugehen lassen:

Ich habe die Strecke Hannover—Gelle—Lüneburg—Harburg auf meiner Fahrt im Automobil mit großer Befriedigung kennen gelernt, die Straße war in guter Ordnung, der Verkehr vorzüglich geregelt, die kleinen Höfe in ihrem rührenden Schmuck, die hübschen Orts-schaften, die Städte mit ihrer rühmlichen Bevölkerung haben mich hoch erfreut! Ich ersuche Euer Excellenz, den Beteiligten dies bekannt zu machen mit dem Hinzufügen, daß ich die patriotische Herzlichkeit nicht vergessen werde, mit welcher ich auf dieser Reise von jung und alt begrüßt worden bin.

Auf Befehl des Kaisers fuhr das Automobil, wie das Ver-l. Ztbl. berichtet, stundenweise, auf die Stunde berechnet, mit 90 Kilo-meter Geschwindigkeit. Die reine Fahrt von Hannover nach Ham-burg betrug ziemlich genau 3 1/2 Stunden. Das ergibt eine Durch-schnittsgeschwindigkeit von etwa 55 Kilometer die Stunde. Man beachte die scharfen Beobachtungen, die Wilhelm II. bei dieser Schnelligkeit gemacht hat.

Eine hoffnungsvolle Radfahrt. Die Pariser Sportwelt inter-essiert sich nicht wenig über den testamentarischen Witz, den sich der in Konstantinopel verlebende Onkel des Redakteurs René Dalbi von der Radlerzeitung „Le Globe“ geleistet. Dieser Onkel hinterläßt seinem Neffen 225 000 Franken unter der Bedingung, daß er sie sich persönlich und in Begleitung seiner Frau auf dem Landem in der Türkei holen komme. Da § 900 des Code Civil besagt, daß jede testamentarische Klausel, wenn menschenmöglich, zu erfüllen ist, und da Herr und Frau Dalbi das Radfahren nicht einmal erst zu er-lernen brauchen, haben sie sich bereits mit dem Landem auf den Weg gemacht, zumal sie überzeugt sind, daß 225 000 Franken für 12 000 zu durchquellende Kilometer immer noch gut bezahlt ist.

Nahrungsvorgen einer Hungerkünstlerin. Unser Parteiblatt in Hannover meldet: Die Hungerkünstlerin Frau Schenk, die hier in Hannover im Wintergarten einige Tage hungerte, hat sich in Ham-burg aus Nahrungsvorgen erhängt. Sie hat kein Engagement mehr finden können und somit, um ein sorgenloses Dasein zu führen, scheint die frühere Schauspielerin auch nicht zusammengehungert zu haben.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Ralou-Vudou. Der Verein Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wehnacht, Grünstr. 2: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Agitationstour. 2. Vereinsangelegenheiten und Ver-schiedenes. Zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen erwartet der Vorstand.

Arbeiter-Samariterkolonne. Der Karus zur Ausbildung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und Erkrankungen nimmt heute abend 9 Uhr bei Ost, Reiningergtr. 8, seinen Fortgang. Es spricht Herr Dr. Hübsch über Psychologie. Neue Mitglieder können noch eintreten. Ein-ladungsbogen 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Verleidenmacher-gehilfen. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 22. Juni, abends 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 270: Versammlung. — Zweigverein Rigdorf. Donnerstag, den 22. Juni, abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinerstr. 14: Versammlung. Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Bezirksamt.) Butter-größe, gute Sorte 1 Ds. 16,10 (15,20), mittel 15,10 (14,20), geringe 14,10 (13,20). Hefe, gute Sorte 16,50 (15,80), mittel 15,70 (15,00), geringe 14,90 (14,20), frei Wagen und ab Bahn. Rindfleisch 5,22 (4,86). Heu (alt) 8,50 (7,50), neu 7,50 (6,40). Erbsen, gelbe, zum Kochen 4,00 (3,00), Speiseerbsen, weiße 50,00 (30,00), Linen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Kuh, 1 Kg. 1,80 (1,30), Hammelfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,80 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,30), Baumfleisch 1,80 (1,00), Butter 2,80 (2,00), Eier (60 Stück) 4,00 (2,28), Karlsen, 1 Kg. 2,20 (1,90), Hantel 3,00 (1,80), Fander 3,20 (1,20), Dohle 2,80 (1,40), Sarsie 2,00 (1,00), Schale 3,00 (1,40), Mele 1,40 (0,80), Stroh 16,00 (3,00).

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. Juni 1905. Zunächst ziemlich trübe, warm und schwül bei schwachen westlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung; später aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 20. Juni. Elbe bei Hefsig — 0,14 Meter, bei Dresden — 1,48 Meter, bei Rappenburg + 0,90 Meter. — Innkrut bei Dresden + 1,05 Meter. — Oder bei Rathor + 1,39 Meter, bei Dresden über Pegel + 5,14 Meter, bei Dresden unter Pegel — 0,96 Meter, bei Frankfurt + 1,24 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,68 Meter. — Barthe bei Polen + 0,44 Meter.